Nr. 101

Berit Pleitner
Piotr Zariczny

Deutsche und Polen

Zwei Vorträge im Rahmen
der Kooperation Oldenburg / Torun

1998

Oldenburger Universitätsreden

Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

herausgegeben von
Friedrich W. Busch und Hermann Havekost

In der Reihe *Oldenburger Universitätsreden* werden unveröffentlichte Vorträge und kürzere wissenschaftliche Abhandlungen Oldenburger Wissenschaftler und Gäste der Universität sowie Reden und Ansprachen, die aus aktuellem Anlaß gehalten werden, publiziert.
Die *Oldenburger Universitätsreden* werden herausgegeben von Prof. Dr. Friedrich W. Busch, Institut für Erziehungswissenschaft 1, und Ltd. Bibliotheksdirektor Hermann Havekost, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität.
Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung der Universität Oldenburg dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Anschriften der Herausgeber:

Prof. Dr. Friedrich W. Busch
Institut
für Erziehungswissenschaft 1
Postfach 25 03
26111 Oldenburg
Telefon: 0441/798-4909
Telefax: 0441/798-2325
e-mail:
fwbusch@hrz1.uni-oldenburg.de

Ltd. Bibl. Dir. Hermann Havekost
Bibliotheks- und Informationssystem
der Universität Oldenburg
Postfach 25 41
26015 Oldenburg
Telefon: 0441/798-4000
Telefax: 0441/798-4040
e-mail:
havekost@bis1.uni-oldenburg.de

Redaktionsanschrift:

Oldenburger Universitätsreden
Bibliotheks- und Informationssystem
der Universität Oldenburg
z.H. Frau Barbara Šíp
Postfach 25 41
26015 Oldenburg
Telefon: 0441/798-2261
Telefax: 0441/798-4040
e-mail: bisverlag@uni-oldenburg.de

VORWORT

Die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg hat in ihrer jetzt fünfundzwanzigjährigen Geschichte eine Reihe von internationalen Kooperationsvorhabenvorhaben aufgebaut und vertraglich abgesichert. Zu den bedeutendsten Kooperationsvorhaben zählt der Vertrag mit der polnischen Nikolaus Kopernikus Universität in Thorn. Er wurde in politisch schwieriger Zeit vom Unterzeichnenden im Auftrag der Oldenburger Universitätsleitung ausgehandelt und im Jahre 1981 abgeschlossen. Die Einbeziehung von Studentinnen und Studenten und Nachwuchswissenschaftler/Innen war von Anfang an ein besonderes Anliegen der Oldenburger Seite - konnte aber wegen der bis zu den politischen Umbrüchen Ende der 80er Jahre von Warschau aus gesteuerten Hochschulpolitik nur unzureichend realisiert werden.

Seit Anfang der 90er Jahre hat sich die Situation verändert; die Thorner Universität gehört zu den polnischen Hochschulen, die mit einem gesteigerten Selbstbewußtsein die von Verständnis und Vertrauen getragene wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Partnereinrichtungen in Europa suchen bzw. fortsetzen. Davon profitiert auch die Universität Oldenburg.

Ein Ergebnis der Beratungen über die Intensivierung der Kontakte zwischen Oldenburg und Thorn aus Anlaß des 15jährigen Bestehens des Kooperationsvertrages im Herbst des Jahres 1996 ist die Vereinbarung eines speziellen Programms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. In Oldenburg ist dafür der vom Präsidenten neu bestimmte Beauftragte für die Kooperation mit der Nikolaus Kopernikus Universität, Prof. Dr. Henning Hahn, zuständig. Das Programm sieht vor,

daß jährlich etwa drei bis fünf NachwuchswissenschaftlerInnen aus beiden Hochschulen und unterschiedlichen Fachbereichen an der Partnerhochschule Vorträge halten und an wissenschaftlichen Kolloquien teilnehmen, um so ihre Forschungsergebnisse einem internationalen wissenschaftlichen Diskurs zu stellen.

Die Oldenburger Universitätsreden bieten diesen jungen WissenschaftlerInnen ein Forum, ihre Vorträge der Öffentlichkeit anzubieten. In dieser Ausgabe beginnen wir mit diesem Vorhaben und veröffentlichen Vorstudien aus den Dissertationsprojekten von Berit Pleitner (Oldenburg) und Piotr Zariczny (Thorn).

Oldenburg, im Februar 1998 Prof. Dr. Friedrich W. Busch

PIOTR ZARICZNY

Intellektuelle Oppostitionelle in der DDR und in der Volksrepublik Polen

Ihre gegenseitige Perzeption und Kontakte

Einleitung und Fragestellung

Die deutsch-polnische Nachkriegsgeschichte wird ebenso wie die des Ost-West-Konfliktes neu zu schreiben sein. Die Kenntnis des Ausganges ändert den Blick auf den Beginn und den Verlauf des Prozesses. Neue Generationen entwickeln auch andere Blickwinkel, aus denen ihre Betrachtung des Geschehenen erfolgt. Sie werden von anderen gesellschaftlich-politischen und kulturellen Faktoren geprägt. Die Erinnerung an intellektuelle Widerstandskämpfer oder oppositionelle Intelligenz und die Frage nach gegenseitiger Perzeption (Kontakten) der DDR-Opposition und VR-polnischer wird Thema meiner geplanten Dissertation und auch dieses Vortrags sein. Unter Perzeption verstehe ich sinnliche Wahrnehmung über das Empfangen und Begreifen, also die erste Stufe der Erkenntnis, die zur Entstehung bestimmter Bilder führt.

Warum die oppositionellen Intellektuellen? Es waren doch vor allem die streikenden und protestierenden Werktätigen, die die uns heute bekannten Tatsachen tatkräftig geschaffen haben. Sie wurden in beiden Ländern zu den die Last und Verantwortung Tragenden. In welchem Maße wurden sie, seit wann und wie lange von der unabhängigen bzw. Innerparteilichen linken oder rechten Intelligenz, später Opposition genannt, unterstützt? Warum hatte man so wenig miteinander (Polen - DDR) kontaktiert, Erfahrungen, Deutungsmuster und

Vorbilder übernommen? Das ist die eigentliche Fragestellung dieser Abhandlung.

Die Oppositionellen schrieben und verteilten Flugblätter und Broschüren, übermalten Wände mit Parolen, sie nahmen Verfolgung und Verhaftung in Kauf, sie organisierten Streiks und Demonstrationen, sie verschickten Protestresolutionen, veranstalteten Diskussionskreise und kämpften um Grundrechte, Freiheit und Unabhängigkeit. Wie anders diese jeweils jenseits der Oder/Neiße-Grenze wirkende Opposition war und aussah und warum wissen wir. Eine beiderseitige Wahrnehmung der Opposition, der oppositionellen Intellektuellen Polens und der DDR, ihre wechselseitigen Kontakte schienen bei den qualitativen und quantitativen Unterschieden nicht gegeben zu sein. Es ist jedoch an den Zeitdokumenten und der Erinnerungsliteratur überprüfbar, daß die so gestellte Hypothese nicht mit der Realität übereinstimmt. Der Transfer vom Osten nach dem östlichen Westen wurde vollzogen. Erste Recherchen belegen diese Annahme und verweisen auf einzelne Intellektuellenkreise, Wissenschaftler bzw. Schriftsteller oder Übersetzer und ihre Publikationsorgane im Untergrund. Das geschichtliche Moment des Jahres 1945 war für die Beziehungen beider Völker ausschlaggebend, um nur die Politik des Nationalsozialismus, den Krieg, die deutsche Okkupation Polens und schließlich die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens und die darauf folgenden Massenübersiedlungen zu nennen. Pauschal gesehen lagen die Gründe für eine nachbarschaftliche Zusammenarbeit, die im Untergrund oder auch später nach 1975/76 offiziell praktisch nicht stattgefunden hat, in der gegenseitigen Abneigung. Auf der einen Seite die Mentalität, die Erinnerung an den Krieg, auf der anderen Seite die Qualitäts- und Quantitätsunterschiede in der Opposition selbst und zuletzt die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes (permanente Angst der SED-Spitze vor den „konterrevolutionären Entwicklungen" in Polen der Jahre 1970, 1976, 1980 und 1981), polizeilicher Terror und auf hohen Touren laufende Propaganda zur „brüderlichen

Hilfe", selbst Einmischungsversuche zur Beseitigung des „schlechten polnischen Vorbildes" hatten ihren Einfluß auf die gegenseitige Wahrnehmung ausgeübt.

Der in Richtung der deutsch-polnischen Versöhnung eingeschlagene Weg muß noch mit vielen Brücken versehen werden. Stereotype, Vorurteile sollten abgebaut und die gemeinsame Geschichte aufgearbeitet werden. Es geht um komplexes und zugleich konkretes, belegbares Erinnern, Aufarbeiten und Darstellen der Vergangenheit, die uns bis heute manchmal so lückenhaft und darum auch belastend erscheint. Es geht um Gerechtigkeit, Stärkung der demokratischen Prinzipien und zuletzt um eine gute Nachbarschaft auf dem Weg in das vereinte Europa. Im Sinne der Annäherung, Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland sollte uns allen, allen Schichten der jenseits der Oder/Neiße Grenze benachbarten, damals „real-sozialistisch" gelenkten Gesellschaften eine gemeinsame Geschichtserkenntnis bewußt bleiben. Deswegen scheint mir die gestellte Frage einen nicht nur geschichtlichen, sondern auch einen kulturell-gesellschaftlichen Wert darzustellen.

Nach den ersten Recherchen hat sich eine Reihe von Fragen ergeben: Was verstehe ich unter Begriffen wie Opposition oder Perzeption? Wie hat sich die Perzeption von damals im Vergleich zur heutigen Perspektive geändert? Hatten die damaligen Vorurteile und Denkstrukturen einen Einfluß auf die gegenseitige Wahrnehmung? Welche gegenseitigen Bilder dominierten in den oppositionellen Kreisen (Widerstandskämpfer sowie Intellektuelle und Schriftsteller) Polens und der DDR? Welche waren die Quellen und Wege für den eventuellen Informationsfluß?

Um die hier eher unsystematisch aufgelisteten Fragen in einem Forschungsbericht über den vorläufigen Stand der Forschungen zu meinem geplanten Promotionsvorhaben erörtern zu können, habe ich sie in eine geordnete Reihenfolge gebracht.

Ich werde mich im ersten Abschnitt gleich nach Einleitung und methodischer Grundlegung mit der Begriffsbestimmung befassen. Die oppositionelle Intelligenz wird mit verschiedenen Inhalten verbunden und assoziiert, deswegen versuche ich die für meine geplante Dissertation geltende Fassung auszuarbeiten. Danach beginne ich mit der historischen Einführung in das Thema, die sich prinzipiell auf den neuesten Forschungsstand zur VRP- und DDR-Opposition stützt und anhand vorhandener Fachliteratur untersucht wird. Im folgenden Abschnitt stelle ich die ersten Forschungsergebnisse dar. In erster Linie versuche ich über die Kontakte zwischen der VRP- und der DDR-Dissidenz anhand gesammelter Erinnerungsliteratur und Zeitdokumente und über die Perzeption der polnischen durch die deutsche Opposition anhand gesammelter DDR-Samisdatschriften zu berichten. Im vorletzten Teil werde ich mich mit der Aufstellung der vorläufigen Thesen und der erforderlichen Aufgaben für die zukünftige Arbeit sowie mit den noch zu untersuchenden Bereichen dieses Themas befassen. Dieser Prämissendarstellung schließt sich dann eine bibliographische Zusammenstellung des bisher gesammelten Literatur- und Quellenmaterials sowie die noch zu untersuchende bibliographische Basis an.

Das Jahr der Wende, 1989, führte zu überraschenden Entwicklungen. Quasi gewaltlose Revolutionen (als Konsequenzen der früher lange andauernden Evolutionen) bewirkten den Untergang der kommunistischen Machteliten. Die alten Dissidenz-Protagonisten traten als neue politische Akteure ans Tageslicht, die zunächst keine Partei- und Machtlinien verfolgten, sondern Würde, Wahrheit, Gerechtigkeit, Toleranz, Pluralismus und Dialog in den Mittelpunkt ihrer Handlungen stellten. Das betraf sowohl das Bürgerkomitee „Solidarnosc" Polens, als auch das „Neue Forum" in der DDR, um die wichtigsten Reformträger zu nennen. Zuerst erlangten sie einen hohen Stellenwert in den Massenmedien, nicht nur im Westen (in der BRD), sondern auch im Osten. Schrittweise haben sie seitdem

aber an Popularität verloren, sind zunehmend aus dem Blickwinkel einer angemessenen Aufarbeitung geraten und werden im politischen Kampf um die Macht durch die ehemals zusammenhaltende oppositionelle Sammlungsbewegung mißbraucht. Zahlreiche Untersuchungen in den polnischen Sozial- und Geschichtswissenschaften über die Entstehung und Entwicklung von „Solidarnosc" sowie eine nach der Wende neu ansetzende Perspektive der deutschen Forschung vervollständigen das Bild. Die vergleichende Geschichtsforschung (VRP - DDR) steht im Gegensatz zur internen Lebendigkeit der jeweils jenseits der Oder/Neiße Grenze geführten Debatten über die soziale Bewegungen in Osteuropa.

Daß die polnisch-deutschen Beziehungen innerhalb der 40 Jahre kommunistischer Regierung im Schatten der Nachkriegsgeschichte betrachtet wurden, haftet der offiziellen Darstellungsweise und Propaganda beider Ländern an. Das Bild des unmittelbaren Nachbarn, in der kommunistischer Sprachregelung sogar „des siegreichen Bruders", wurde zum typischen Feindbild, angefüllt mit alten, stereotypenhaften Animositäten. Diese einseitige Perspektive, stark im polnischen Bewußtsein der älteren Generationen, aber auch in dem relativ vieler Jugendlicher verankert, folgt aus dem Mangel an einer Betrachtungs-Kultur des Fremden und insbesondere des Deutschen oder auch des Russischen. Nur begrenzte, sozusagen elitäre Gruppen der katholischen Intelligenz um die Zeitung „Tygodnik Powszechny" oder die Zeitschrift „Wiez" versammelt, bemühten sich seit den 60er Jahren darum ein anderes Bild des Deutschen zu vermitteln, wenn auch in einer kleinen Auflage und vor allem an Intelligenzkreise gerichtet. Eine neue Kultur des Dialogs wurde durch die Erinnerung an die Werte der gemeinsamen abendländischen Vergangenheit der beiden Völker realisiert. Die tiefgefrorene Abneigung und der gegenseitige Haß lassen sich nicht einfach auftauen.

Gerade wenn man die 40 Jahre des „Real-Sozialismus" in der DDR denen in der VR Polen gegenüberstellt, muß man mit

Vorstellungen „freundschaftlicher Zusammenarbeit" und „brüderlicher Hilfeleistungen" sehr vorsichtig umgehen. Polnische und preußische kommunistische Tradition (kommunistisches Preußen - Jerzy Brzezinski, vgl. Krzeminski in: Kobylinska u.a. 1992:331) hatten ihren Widerhall. Die Polen kannten keine solche Autoritäts- und Staatsmachthörigkeit und keinen so tiefen Rückzug in die Privatheit wie die „made in GRD". In Polen mißtraute man den offiziellen Informationen ebenso wie den staatlichen Institutionen und brachte einen starken Individualismus hervor. Einen so anhaltenden Dualismus zwischen dem Staat und der Nation wie in der DDR gab es in der VRP aber nicht. In beiden Ländern ließ sich innerhalb der 40 Jahre eine immer wieder anschwellende Ausreisewelle der Unzufriedenen oder Ungeeigneten beobachten. Meistens gab es aber kein Zurück für die, die die DDR verlassen wollten oder mußten. Dagegen schaffte in Polen der sog. Pendelverkehr zu Verdienstzwecken zwischen Ost und West nicht nur eine Schattenwirtschaft, sondern bereicherte die Menschen auch um Erfahrungen mit dem „Leben im Westen". Dazu kam die innere Entwicklung: Herausbildung von kritischen Gegen-Öffentlichkeiten, Ansätze einer parlamentarischen Opposition („Znak" - Gruppe). Der stalinistische Totalitarismus war in Polen praktisch sehr früh schon auf immer schwankendem Boden verankert und ständig reißender Bewegung ausgesetzt. In der „durchspitzelten" DDR, abgesehen von den im kommunistischen Block ersten, mit Hilfe der „sowjetischen Brüder" rasch unterdrückten Arbeiterdemonstrationen im Juni 1953 hatte man fest an den Sozialismus geglaubt und ihm Vertrauen geschenkt.

Zu der laut bekundeten Freundschaft zwischen Polen und der DDR kam es nie. Sie unterlag der politischen Konjunktur und wurde durch massive Propaganda gesteuert. Immer dann, wenn die polnischen Krisen 1956, 1968, 1970 und 1976 sowjetische und innerparteiliche Schranken zu lockern drohten, übernahmen die DDR-Funktionäre die Rolle eines besserwissenden und sowohl belehrenden als auch tadelnden Musterschülers stalinistischer Prägung. 1980/81 wurde eine „Antivirus-Propaganda" mit offiziellen Zeitungs-Parolen wie „Solidarnosc führt Polen ins Chaos" oder „Ohne Arbeit kann keine Gesellschaft leben" (Anspielung auf die polnische Wirtschaft) ausgelöst, die in der Bevölkerung Gefühle der Abneigung dem polnischen Volk gegenüber bestätigte und dadurch festigte. Die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung ließ sich von dieser Sprache lähmen. Die offizielle Sprache der DDR-Wissenschaftler und Journalisten prägte die Tabuisierung und Marginalisierung der Geschichte und Gegenwart der deutsch-polnischen Beziehungen. Sie wurden der gesamtgesellschaftlichen Peripherie zugeordnet. Das Terrorregime der Nazis in Polen, Auschwitz-Erzählungen von Borowski, Flucht und Vertreibung, Briefwechsel der katholischen Bischöfe, die Ostpolitik Willy Brandts - diese und viele andere Themen blieben der Bevölkerung der DDR vorenthalten. Es gab keinen Historikerstreit, keine Schulbuchkommission wie mit der BRD.

Auf der polnischen Seite waren die Chancen für einen Dialog ebenfalls begrenzt. Das in der nationalen und geistig unabhängigen Tradition und Symbolik existierende polnische Volk hat die DDR als Teil Deutschlands wahrgenommen und weniger an die Stabilität dieser Zweistaatlichkeit geglaubt als selbst die DDR-Deutschen. Aus organisiertem Massen- und Handelstourismus blieben schlechte Erinnerungen an die pedantischen Grenzkontrollen und panische wie böswillige Reaktionen der deutschen Bevölkerung vor den Konsum-Läden. Die Isolation der Gaststudenten und -arbeiter ließ nur seltene, ganz oberflächliche Kontakte entstehen. In Polen hat man vielerorts die DDR einfach ignoriert und deren Bewohner als schlechtere Deutsche behandelt (Mehlhorn in: Kobylinska u.a. 1992: 523ff).

Dennoch haben seit den 60er Jahren unabhängige Intellektuellenkreise bis heute in Polen und der DDR, zwar mit insgesamt sehr schwachen gesellschaftlichen Resonanz, aber viel

riskierend den Weg zu gemeinsamen Begegnungen und Diskussionen gesucht und ihn in den wenigen, aber doch belegbaren „kollektiven" Aktivitäten einer echten, damals vor allem in Freundeskreisen existenten Freundschaft gefunden. Aus einer kühlen, unbetroffenen Zeitperspektive an diese zu erinnern, gilt es heute, um die weißen Flecken im Bewußtsein der nachwachsenden Generationen mit lebensnahen Farben zu versehen, die sie dann für sich selbst - den weißen Fleck kritisch betrachtend - aussuchen können.

Die offiziellen, somit auch allgemein zwischenmenschlichen Beziehungen blieben jedoch krank und bei der Normalität der offenen Grenze von heute sind sie weiterhin anormal. Daher besteht ein großer Nachholbedarf in der Genesung des Nachbarverhältnisses.

Es ist nicht einfach, einen Elefanten mit einer Maus zu vergleichen. Berücksichtigt man aber, daß beide zusammen in einem Käfig gelebt haben, lassen sich bestimmte Parallelen ziehen, gewisse Konfrontationsebenen aufsuchen. Doch überlassen wir die Komparatistik der vergleichenden Geschichtsforschung. Spannend erscheint die Frage, wie die beiden unabhängigen Szenen und ihre „Schauspieler" aufeinander reagiert und sich gegenseitig wahrgenommen haben, welche Konsequenzen dieses erzwungene Nachbarschaftsverhältnis bis heute hat, wie diese Szenen miteinander konfrontiert waren, wie, wann und wo sie sich getroffen haben oder - mich der obigen Metapher noch einmal bedienend - in ihrer künstlich hergestellten Umwelt vielleicht zusammengelebt haben?

Was die gegenwärtige Erinnerungsliteratur, Berichte und Dokumente von ehemaligen Oppositionellen sowie Oral History (Interviews mit direkt Betroffenen) als Geschichtsforschungsmethode anbetrifft, so ist es nicht immer ganz klar, inwieweit sie - die damaligen Oppositionen - von den heutigen Erkenntnissen, die sich in ihre eigene Rekonstruktion der Vergangenheit hineinstehlen, geprägt sind. Wie schnell hier Ungenauigkeiten, Irrtümer oder sogar Mythen- und Legendenbildung zum Vorschein kommen, ist eine Frage, die an Vorsicht und Unparteilichkeit des daran Forschenden appelliert. Deshalb versuche ich möglichst unvoreingenommen, Texte, Dokumente und auch Archivmaterialien für sich sprechen zu lassen. In vorliegender Abhandlung soll nur ein Ausschnitt der Gedankengänge, Diskussions- und Samisdat-Inhalte sowie anderer Aktivitäten der polnischen und deutschen „widerständigen Gruppen" in bezug auf sich selbst und gemeinsame Kommunikation wiedergegeben werden. Welche Quellen, von weniger umfangreichem DDR-Samisdat und von dem riesigen Berg des polnischen Samisdats einmal abgesehen, werde ich in Betracht ziehen müssen? Protokolle von illegalen Treffen und womöglich gefährlichen Gesprächen wurden natürlich nicht verfaßt. So gewinnen neben der doch zukünftig notwendigen Darstellung aus der Erinnerung auch die Staatssicherheitsakten für die Rekonstruktion der Abläufe an Interesse und Bedeutung, wobei natürlich ihr spezifischer Hintergrund berücksichtigt werden muß (Meckel/Gutzeit 1994:29f)

Zur Begriffsbestimmung „Opposition" und „Intellektuelle"

„Die heutige Bedeutung des Begriffs Opposition liegt auf zwei Ebenen. Einmal heißt Opposition diffus Gegensatz oder Widerstand als soziales Verhalten; zum anderen ist damit präziser die Gegnerschaft von Individuen, Gruppen, Parteien, Fraktionen usw. gegen die Regierung oder die Verfassung eines politischen Systems" (Geschichtliche Grundbegriffe 1978: 469) zu verstehen.

In totalitären Systemen konvergieren Widerstand, Revolution und Opposition begrifflich wieder. Ihre Grenzen verwischen sich. Verallgemeinert könnte man nach Rudolf Fehr (vgl. Fehr 1996) den Begriff „der unabhängigen Öffentlichkeiten" benutzen. Sie beruhen zunächst auf Erfahrungs- und Traditionszusammenhängen, Aktivitäten und Netzwerken von unabhängi-

gen Initiativen (auch in der Zusammenarbeit mit der ins Ausland emigrierten, von der stalinistischen Doktrin unabhängigen Szene). Sie können sich jeweils abhängig von verschiedenen Ländern, ihrer Entwicklung und zugleich dem Niveau der Widerstandskultur zu einer „Gegen-Öffentlichkeit", einer informellen Gesellschaft (Zehn-Millionen Solidarnosc-Bewegung) formieren oder ein „lockeres Netzwerk" von unabhängigen Szenen bilden. „Zweiter Umlauf", „zweite Öffentlichkeit", „Untergrund-Verlag", „Selbstorganisation" oder „Selbstverteidigung", bei all diesen Begriffen handelt es sich um organisierende Leitideen, die auf neuen politischen Rahmenbedingungen wie Solidarität, Freiheit, Dialog, Würde, Bürgersinn, Verteidigung der Menschenrechte und der Unabhängigkeit basieren und die als erste Konsequenzen individueller wie kollektiver Konflikte mit der kommunistischen Staatsmacht anzusehen sind. Selbstorganisierte Protest-Öffentlichkeiten in den Arenen der Straßen, Plätze oder Universitäten bzw. fliegenden Universitäten, der privaten Räumlichkeiten in Form von Diskussionszirkeln und Untergrund-Verlagen gehören zu diesem Bild. Die Bedeutung der innerparteilichen, politischen Klubs oder quasioffiziellen parlamentarischen Opposition („Znak"-Abgeordnete in Polen) bzw. reformistischen innerparteilichen Strömungen ist hier nicht zu unterschätzen. Alle Orte, wo sich die Meinungsfreiheit ihrer praktischen Umsetzung erfreute und von Einzelnen oder Gruppen entwickelt und öffentlich gemacht werden konnte, gehören unter den Dachbegriff „Gegen- oder Unabhängige Öffentlichkeit". Die Prozesse vollzogen sich allmählich und sind in der Zeit verschieden plaziert, führten aber im Endeffekt zur Herauskristallisierung von unabhängigen politischen Initiativen und sozialen Sammlungen, die das Monopol der kommunistischen Macht langsamer oder schneller erschüttert und ausgehöhlt haben (vgl. Fehr 1996).

Mit Andrzej Friszke, einem polnischen Oppositionsforscher, läßt sich feststellen, daß die oppositionellen und widerständigen Haltungen in Polen an der Nicht-Befriedigung vieler elementarster Bedürfnisse sowohl politischer als auch materieller Art gelegen haben. Man protestierte gegen zahlreiche Elemente der real-sozialistischen Wirklichkeit, wobei sich allerdings auch einige fanden, die von der unabhängigen Szene akzeptiert wurden.

Der gesellschaftliche Widerstand verlief in zwei Richtungen. Erstens gab es einen politischen Widerstand, der in erster Linie die nationalen Traditionen der „II Rzeczpospolita" zu verteidigen versuchte und sie den kommunistischen und anderen doktrinären, von der Parteiebene aufgezwungenen Ideen gegenüberstellte. Man widersetzte sich der regierenden Partei und der geltenden Parteilinie, befürwortete aber z.B. die Heimatarmee, den Warschauer Aufstand, Katyn, die Religion und die katholische Kirche. Generell war die Religion ja auch ein nationales Symbol, mit dem man sich als ein bestimmtes Werte- und Deutungsmuster-System massenhaft identifizieren konnte.

Der ökonomisch-gesellschaftliche Widerstand konzentrierte sich auf Notwehr und den Kampf für einen besseren Lebensstandard. Er verwirklichte sich etwa in den Massenstreiks oder in der Abwehr der Bauern gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft. Solche Haltungen waren aber nicht unbedingt immer mit der Ablehnung des kommunistischen Systems verbunden.

Viele bekannten sich zur Opposition, wollten jedoch anonym bleiben und traten gewöhnlich in der Gruppe und nur für kurze Zeit auf. Sie wären im Unterschied zu den Oppositionellen in eine dritte Art des Widerstands einzugliedern.

Wenn man sich mit dem Widerstand beschäftigt, darf man nicht außer acht lassen, daß diese Unabhängigkeitsform immer auf die jeweilige Etappe und damals geltende Normen zu beziehen ist. Die staatliche Toleranz unterlag mehreren Wandlungen. Solche Aktivitäten, die die Norm überschritten

und dennoch nicht Anlaß zu staatlicher Repression gegeben haben, lassen sich als ein „Widerstandssymptom" qualifizieren.

Die politische Opposition in der VRP ist als individuelle, bewußte, geplante und auf einem Programm basierende Tätigkeit von organisatorischer und intellektueller Art aufzufassen, die nach dem Sturz des politischen Systems oder seiner Reform in Richtung der Gesellschaftsbasis strebte und Beschränkung des Machtmonopols der Partei zum Ziel hatte. Solche Personen oder Gruppen wurden erst dann zur Opposition, wenn ihre Aktivitäten von der Staatsmacht negativ bewertet wurde und polizeiliche Repressionen nach sich zogen. Wichtig ist die Berücksichtigung der geschichtlichen Periode und der damals herrschenden amtlich-parteilichen Norm.

Der Umgang mit dem Begriff Opposition wirft viele Fragen auf. Zur Aufarbeitung bleibt das historische Material. In der SED-Geschichte läßt sich keine konstante Opposition als Richtung oder Strömung bzw. organisierte Bewegung für tiefgehende Umwandlungen im Staat und der Gesellschaft beiegen, obwohl sich von 1946 bis 1989 doch einige, besonders im letzten Auftakt der 80er Jahre, kritische Potentiale auswirkten. Kritische Haltungen, Widerspruch, Renitenz, Dissidenz, opponierende Verhaltensweisen, spontane oder organisierte politische Opposition von einzelnen Personen bzw. Gruppen, passiver oder aktiver Widerstand und zum Schluß die Flucht und Ausreise spiegeln Protestverhalten gegen die parteibürokratische, repressive und diktatorische Macht wider, die angeblich für die „demokratische Gestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung" von „Arbeitern und Bauern frei gewählt" geschaffen war.

Neben Reibungen in der Führungsspitze der SED und damit verbundenen Reformversuchen (1953) oder theoretischen Überlegungen (Havemann, Harich, Bahro u.a.) gab es auch einen Widerstand der Basis (1953). Motivationen, Erscheinungs- und Ausdrucksformen sowie ihre Ausmaße hingen immer von der Zeit ab, in der sie gegolten haben, und sind in diesem Kontext zu erfassen.

Im Verständnis der SED war jeder kleine kritische Ansatz gegen die Grundlagen der DDR eine trotzkistisch-imperialistische Agententätigkeit oder konterrevolutionäre Bestrebung und sogar Staatsverrat (vgl. Zariczny 1996). In einem „demokratischen Land" gab es keinen Platz für Opposition. Diese wurde nur in bürgerlich-kapitalistischen Staaten anerkannt, nicht in der DDR, wo es „keinen Gegensatz zwischen der Politik unserer Regierung und den Interessen der gesamten Bevölkerung" gibt (Klein u.a. 1996). Auch die Verfassung vom 1967 erklärte „In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition gegen die herrschenden gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse keine objektive politische oder soziale Grundlage" (Kleines politisches Wörterbuch 1967:471).

Opposition wurde dann sowohl in Polen als auch in Deutschland nach 1989 zu einem Schlagwort, einer Ehrenbezeichnung und einer bequemen Legitimation eigener Herkunft. Sie ließ sich gut veröffentlichen und vermarkten.

Die Intellektuellen begreife ich als Angehörige der Schicht, deren Denken sich kritisch auf die Hintergründe und Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung und die Bedeutung und Auswirkung von Ideen, wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und auch politischen Entscheidungen richtet. Kennzeichnend für dieses Milieu ist die Skepsis gegen jegliche Autoritäten, gesellschaftliche Normen und Institutionen (dtv-Lexikon 1990:307).

Die Einmischung in öffentliche Angelegenheiten gehörte in Deutschland, anders als in Polen, bis Mitte der 60er Jahre, nicht zum Selbstverständnis der Intellektuellen. Dort wollten sich bis 1968 nur wenige mit der Intelligenzschicht identifizieren. In Polen dagegen glaubte man, eine Mission gegenüber der Nation übernommen zu haben und eine moralische In-

stanz zu sein. Hier bestehen gewisse Gemeinsamkeiten zu den ostdeutschen Intellektuellen. Sie glaubten auch an die pädagogische Rolle, die „Kulturmission" dem eigenen Volke gegenüber, obwohl es sich im ersten Fall um antikommunistische und im zweiten um kommunistische Erziehung handelte (Kobylinska u.a. 1992:201). Heute sind viele von ihnen enttäuscht, aufhören zu müssen, Kämpfer im Untergrund und Erzieher der Gesellschaft zu sein. Es ist manchmal erschreckend, wie sie sich von der wiedergewonnen Freiheit und ihren Schrecken (als Beispiel: Sozialdemokratie in Polen oder PDS in den neuen Bundesländern) befreien wollen. Demokratie ist kein Zustand, sondern eine Bewegung, in der man sich stets einer Konfrontation offen stellen und sich kontinuierlich über die Wahlen bewähren muß.

In ganz Deutschland besaßen die Professoren beinahe ein Monopol auf die Kultur. Anders in Polen, wo die Rolle eines Intellektuellen nicht unbedingt der Professor, sondern z.B. der Schriftsteller-Dissident, oder auch Emigrant übernahm. In der Nachkriegszeit, nach dem Tauwetter 1956, entstand ein Schema des oppositionellen Intellektuellen, also der Reihe nach z.B. ein Schriftsteller, ein Publizist oder ein Wissenschaftler. Die Opposition war in Polen in den Jahren 1956 bis 1970 fast ausschließlich eine Sache der Intelligenz. Zum größten Teil waren es wie in der DDR (Havemann, Harich, Bahro) sogenannte Revisionisten, heute marxistische Reformisten genannt (Kolakowski, Baczko), die die Traditionen der linken Szene fortsetzten. Hier lassen sich erneut gewisse Ähnlichkeiten mit der DDR-Intelligenz feststellen. Sowohl in der VRP als auch in der DDR war die linke reformistische Linie der 50er Jahre für die Entwicklung der späteren Opposition zuerst noch vorbildlich. 1968 endete aber in Polen die marxistische Reformzeit. Langsam wurde von der Kritik an der konkreten Politik zur Kritik an dem gesamten System übergangen, und die Intellektuellen vereinten sich mit den Werktätigen, was in

Polen seinen Ausdruck etwa in der Gründung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) fand.

Darüber hinaus könnte ich die These wagen, daß die ostdeutsche und polnische Opposition, obwohl sie sich in verschiedenen Phasen und in verschiedenem Umfang zu organisieren begann, aus dem Ethos der Linken der 50er Jahre hervorging.

Die polnische Intelligenz hatte eine besondere, geschichtlich belegbare Fähigkeit, die Menschen für eine Sache zu mobilisieren. Die ostdeutsche Intelligenz hatte einen, von Ausnahmen abgesehen, generell von der Gesellschaft getrennten Weg eingeschlagen. Die parteiliche Bevormundung, staatliche Privilegierung und „westliche" Versorgung waren Bestandteile einer Politik, die den Glauben an die Sonderrolle der Intellektuellen als große Erzieher der Nation erzwang und festigte. Die Perspektive der ostdeutschen oppositionellen Intellektuellen war sehr lange, als es in Polen schon gärte, „ein wahrer Sozialismus mit menschlichem Antlitz" und protestantisch-familiären Zügen. Man könnte die weitere These wagen, in solcher Haltung der Intellektuellen Elemente der deutschen Tradition, die ich schon oben erwähnt habe, entdecken zu können. Dem wirtschaftlichen Materialismus und Pragmatismus wird eine „geistige Innerlichkeit" entgegengesetzt. Als sich die polnische Intelligenz öffentlich mit den Menschenrechten und den liberalen europäischen Traditionen beschäftigte, wurden in der DDR Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherungen vorsichtig thematisiert und publiziert. Die Identifikation der Intelligenz mit dem SED-Staat basierte zum großen Teil auf der propagandistischen Instrumentalisierung der antifaschistischen Einstellung zu einem totalisierenden Erlösungsmythos (vgl. Fehr 1996).

Die zu definierenden Begriffe „Opposition" und „Intellektuelle" habe ich um geschichtliche Inhalte ergänzt, weil sie ohne diesen Zusammenhang kaum überschaubar wären. In diesem weit definierten Umfeld sind die Begriffe Opposition

und Widerstand wahrzunehmen, wobei ich anmerken muß, daß mich für meine Arbeit vor allem die Opposition der Intellektuellen interessieren wird. Was verstehe ich darunter? Was die thematische Begriffserklärung meiner Abhandlung anbetrifft, läßt sie sich als unabhängige Intellektuellen-Öffentlichkeit begreifen.

Unabhängige Bewegungen in der VRP und der DDR

Aufgrund der Vielschichtigkeit der in diesem Abschnitt zu untersuchenden Problematik werde ich mich weitgehend auf vorhandene Forschungsergebnisse vor allem deutscher, polnischer, sowie russischer und ungarischer Wissenschaftler und Publizisten stützen (siehe u.a. Fehr 1996; Friszke 1994; Luks 1993; Dalos 1995; Michnik 1992; Meckel/Gutzeit 1994; Kersten 1992). Nur einige Namen können hier erwähnt werden. Ich möchte jedoch betonen, daß diese Ausführungen lediglich als eine Art Hintergrund für meine Abhandlung zu betrachten sind und deswegen einen allenfalls skizzenhaften Charakter beanspruchen.

Die Gegentrends zum Macht-, Herrschafts- und Informations-Monopol der kommunistischen Partei waren in Polen von 1945 bis 1989 offensichtlich. Die Gründe dafür werden in dem sog. freiheitlichen Ethos des Landes, in seinen demokratischen Traditionen bzw. in seiner langjährigen Erfahrung im Kampf gegen die Fremdherrschaft gesucht. Die im gesamten Ostblock unvergleichliche Stellung des polnischen Katholizismus spielte schon seit 1945 eine wichtige Rolle. Im Umfeld der katholischen Kirche und der Universitäten, in Milieus oppositioneller Wissenschaftler, Journalisten, Schriftsteller und Künstler entstanden Strukturen unabhängiger Gruppen, integrationsfähige Gegen-Öffentlichkeiten. Daraus entstandene politische Klubs lieferten verschiedenartige Anstöße für Debatten über Reformen und waren wesentliche Orte des Erfahrungsaustauschs für die ganze Gesellschaft.

Die „führende Rolle" der kommunistischen Partei war in Polen im Unterschied zur DDR nicht formalisiert. Während Giereks Regierungszeit (1971 bis 1975) wurde überwiegend von der „direktiven" Rolle der Partei gesprochen. Das Monopolsystem zog auch informelle Mechanismen und Personenzirkel, selbst für Entscheidungen an der Parteispitze, heran (Tarkowski 1994:35ff).

In Polen gab es im Unterschied zu anderen osteuropäischen Gesellschaften und der DDR seit den frühen 50er Jahren Keime für eine informelle, vom System unabhängige Meinungsbildung. Schon in den ersten Nachkriegsjahren zeichneten sich klare Umrisse einer sowohl legalen als auch inoffiziellen Öffentlichkeit ab. Dabei spielte die während des Krieges dezimierte Intelligenz eine wichtige Rolle. Im Kreis der katholischen Gruppen und Intellektuellen um „Tygodnik Powszechny" und „Znak" formierte sich eine eine inoffizielle Öffentlichkeit schaffende Gruppe. Gesellschaftlich gesehen überwogen im ersten Nachkriegsjahrzehnt die negativen Haltungen gegenüber der Staatsmacht, obwohl sich die Mehrheit der Bevölkerung nach dem Kriege hilflos fühlte und deswegen auch in dem Anpassungsdrang an die neue Staatsform diese bewußt akzeptierte. Von 1956 bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre hinein dominierte im Durchschnitt weiterhin eine wenn auch passive gesellschaftliche Akzeptanz. Infolge des „polnischen Oktobers" 1956 bildeten sich aber zusätzlich neue Strukturen der unabhängigen Öffentlichkeit, wie auch politische Klubs und Zeitschriften. „Po prostu" gehörte zu den Vertretern sowohl der revisionistischen als auch der entideologisierenden Richtung. Man wandte sich der Toleranz, Würde, Ehrlichkeit, den liberalen Werten zu. Für den Ideenaustausch und die Integration in den Warschauer Intelligenzmilieus war die Bildung des „Klubs des schiefen Zirkels" von Bedeutung.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre entstanden neben der Gruppierung um „Tygodnik Powszechny", dem unabhängigen

Kreis katholischer Abgeordneten ZNAK (St. Stomma, S. Kisielewski u.a.) die Klubs der katholischen Intelligenz (KIK) und andere Diskussionsklubs (z.B. Ka-Ka-Du). Im Mittelpunkt der Themen dieser Gruppierungen standen die wahrheitsgemäße Berichterstattung in den Medien, Zugang zu den öffentlichen Medien für alle Gruppierungen, Pluralisierung und Demokratisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens und Bedingungen für eine Ausdehnung der politischen Beteiligung. Die katholischen Zeitschriften, obwohl in enger Anlehnung an den Episkopat, doch unabhängig, entwickelten politische und weltanschauliche Konzepte, deren Attraktivität weit über den engen katholischen Rahmen ausstrahlte. Alle katholischen Gruppierungen mit ihrem Grundsatz „Nicht mit der Lüge leben" stellten den ideologischen Totalitätsanspruch des Staates in Frage.

In den 60er Jahren verstärkte sich in den kulturellen und wissenschaftlichen Intelligenzsphären die politische Unzufriedenheit mit der PVAP-Politik. Diese gipfelte 1964 in einem von 34 Intellektuellen an den Premierminister Cyrankiewicz gerichteten Brief. Darin wurde das Recht auf Kritik, freie Diskussionen und ehrliche Informationen gefordert, sowie die Zensur-maßnahmen angefochten. Den „offenen Brief" als Form der Dialogaufnahme wählten auch Jacek Kuron und Karol Modzelewski, junge Parteimitglieder, die an der Warschauer Universität arbeiteten. Ihr Brief fand ebenfalls große Resonanz und markierte einen Wandel in der Kritik der Macht-Eliten. Das Herrschaftssystem wurde in diesem Brief als „Monopolsozialismus" bezeichnet, der mit seiner Entfaltung fundamentale (ökonomische, soziale und geistige) Krisen ausgelöst hatte. Die nachfolgenden Jahre zeigten, welche politische Brisanz die Kritik von marxistischen Intellektuellen (Auseinandersetzungen um Kolakowski) gegenüber dem herrschenden System beinhalten konnte. Die Verdrängung der Professoren (u.a. Kolakowski, Baczko, Brus) aus der Warschauer Universität zementierte nur die oppositionellen Positionen. Die Regierungszeit Gomulkas zeichnete sich durch gesellschaftliches Unbehagen in bezug auf niedrigen Lebensstandard und ungenügende Versorgung aus, in den Intellektuellen-Milieus auch durch eine anschwellende Frustration über die Einschränkung der freien Meinungsäußerung. Dieses Klima führte zu zwei Krisen. 1968 kam es zu einer Protestaktion von Warschauer Studenten gegen die Absetzung einer Aufführung von Adam Mickiewiczs „Die Totenfeier" (Dziady), in der Kritik an der kommunistischen Partei- und Staatsführung zum Ausdruck kam. Die darauf folgende, innerhalb der Partei arrangierte antisemitische Hetzwelle gegenüber der „Linken" und den protestierenden Studenten und Professoren beseitigte zwar innerparteiliche Reformversuche, hatte aber weitreichende Konsequenzen. Es wurde unter den Linken eine Neuorientierung gesucht, die auf die Aufnahme eines Dialogs mit Katholiken, Konservativen, Rechten und anderen oppositionellen Strömungen abzielte. Die Konsensbedingungen im Kampf gegen das Regime bestanden in Fragen der Menschenrechte, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit und der parlamentarischen Demokratie. Die zugelassene katholische Opposition im Sejm, die „ZNAK-Gruppe", schloß sich der Kritik des brutalen Polizeieinsatzes gegen die Studenten 1968 an und unterstützte ihre Forderungen nach „Freiheit des kulturellen Lebens". Kardinal Wyszynski, Primas der katholischen Kirche, verurteilte die ebenfalls antisemitischen Maßnahmen der Partei.

1970 wurden Studenten und Akademiker der Untergrundorganisation „RUCH" in Lodz verhaftet. Die Situation spitzte sich Ende des Jahres zu. Im Dezember brachen Massenproteste, Streiks und Demonstrationen in den Werften Stettins und Danzigs aus, die gewaltsame Unterdrückungsmaßnahmen (50 erschossene Arbeiter) der Sicherheitskräfte zur Folge hatten und im Endeffekt zum Sturz Gomulkas führten. Sein Nachfolger Edward Gierek verbreitete unter den Arbeitern Slogans zur besseren Zukunft und Sicherung des ehrlichen Informations-

flusses. Damit beruhigte er die „gefährliche Flamme" für einige Jahre. Mitte der 70er Jahre änderte sich die Lage aber ernsthaft. Die bisher unverbunden handelnden oppositionellen und widerständigen Gruppen, wie Arbeiterproteste 1956, katholisches Milieu, laikale Intelligenz, Studentenproteste 1968 und Arbeiterproteste 1970 hatten angefangen, integrierende und informative Aktivitäten untereinander zu koordinieren. Gruppen der kulturellen und wissenschaftlichen Intelligenz nahmen in Denkschriften und offenen Briefen Stellung zum gesellschaftlichen Leben (vgl. Brief der 7, Brief der 59 u.a.). Nach der Niederschlagung der Arbeiterproteste in Radom 1976 wurde das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" gegründet, wobei es sich in erster Linie um eine Initiative der oppositionellen Intelligenz zur materiellen und medizinischen Hilfeleistung und Rechtsberatung den inhaftierten Arbeitern gegenüber handelte. Infolge dieser Konsolidierung entstanden persönliche, soziale und politische Verbindungen. In der Regel waren es einzelne sog. „Schlüsselpersonen" oder auch Einrichtungen, wie „fliegende Universitäten", Diskussionsklubs, Untergrundverlage und Zeitschriften. Eine zentrale Rolle für die Zusammenkunft der unabhängigen Szenen spielten die Klubs PPN (Polnische Verständigung für Unabhängigkeit), KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter), ROPCiO (Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte) und der Diskussionsklub DiP (Erfahrung und Zukunft). Kennzeichnend für thematische Orientierungen und Schwerpunkte der Handlungen waren u.a., nach universellen Normen der politischen Beteiligung zu streben und Maßstäbe für eine tolerante, pluralistische Gesellschaft in Polen zu etablieren. Die Zugehörigkeit Polens zur mitteleuropäischen Kulturwelt, dem Abendland, sowie die Bindung der Mehrheit der Bevölkerung an den katholischen Glauben wurden hervorgehoben. Dem KOR kam in den folgenden Jahren die Schlüsselposition zu. Die Grundlagen der polnischen Opposition sollten anschließend aus den Pfeilern erstens eines Netzwerks

von miteinander in Kontakt tretenden unabhängigen und sozialen Bewegungen, zum zweiten aus der Wiederbelebung von unabhängigen Formen der Öffentlichkeit erwachsen. Reformsozialistische Ziele spielten kaum eine Rolle. In Michniks, Kurons und Kolakowskis Grundannahmen wurde die Dissidentenrolle in Osteuropa als die Rolle der Kämpfer für System-Reformen definiert, zugunsten einer Evolution, die zur Ausdehnung der bürgerlichen Freiheiten führt und die Respektierung der Menschenrechte garantiert. Die Pflicht der Opposition wurde in ihrer kontinuierlichen und systematischen Teilnahme am öffentlichen Leben sowie der Schaffung politischer Tatsachen durch gemeinsame Aktionen und Alternativen gesehen. 1977 wurden neue Aufgaben und Perspektiven für KOR genannt. Außer der Untersuchung, der Dokumentation und den praktischen Hilfen für von staatlicher Repression betroffene Arbeiter forderte man die Einlösung des Rechts auf Arbeit, das Streikrecht, die freie Meinungsäußerung und Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit als Grundlagen der Selbstorganisierung der Gesellschaft. Die gesellschaftliche Selbstorganisation - oder die Schaffung widerstandsfähiger Bewegungen - wurde zum Hauptziel der Bemühungen der einzelnen Oppositionsgruppen. KOR versuchte in seiner Handlungsweise (Appelle an die öffentliche Meinung), Institutionen der Gegen-Öffentlichkeit zu bilden. Verschiedene Aktionsformen wie Stellungnahmen und Veranstaltungen, Hungerstreiks, Flugblattaktionen und Unterschriftensammlungen (offene Briefe), Initiativen für die Gründung anderer legal tätiger Komitees der Studenten, Bauern und Arbeiter, für unabhängige Verlage (NOWA), Zeitschriften (Robotnik u.a.) und Bildungseinrichtungen (Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse (TKN)) wurden unternommen.

In der ROPCiO-Gruppe (Informationsorgane: Droga/Der Weg, Opinia/Die Meinung) engagierten sich dagegen Personen aus der Opposition der 60er Jahre, die mit nationalistischen und christlich-demokratischen Traditionen sympathisierten. Daraus

entstanden spätere Gruppen wie Konföderation Unabhängiges Polen (KPN) oder Junges Polen (RMP) um Czuma und Moczulski. In enger Beziehung dazu stand auch das 1978 gebildete Diskussionsforum „Erfahrung und Zukunft", das sich die Bestandsaufnahme der Lage der Gesellschaft und der öffentlichen Meinung in Polen zum Ziel setzte. Das Konzept der Gruppe beruhte darauf, eine Verständigung zwischen der Staatsmacht und den unabhängigen gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen. Die Vorschläge der Gruppe waren nicht nur an die Öffentlichkeit, sondern in Form von direkten Handlungsempfehlungen auch an die Regierung gerichtet.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Aktionen, die letztlich zur Herausbildung von „Solidarnosc" führten, standen Massenstreiks und die spontane Bildung von überbetrieblichen Streikkomitees, Massenproteste und Verhandlungen mit den Regierenden. Die Streikkomitees konnten im August 1980/81 auf informelle Gruppen und unabhängige Initiativen zurückgreifen oder sie bildeten sich spontan auf der Basis von Freundschaftskreisen. Der unabhängige Gedanke fiel auf gut vorbereiteten Boden. Die „Zehnmillionenbewegung" brach die Barrieren der gesellschaftlichen Angst, ein kulturelles und gewerkschaftliches Leben allein zu gestalten, die oppositionelle Intelligenz wurde zur beratenden Instanz für „Solidarnosc". Um explosive Massenstreikwellen zu mildern, formulierten 64 Warschauer Intellektuelle einen Aufruf zur Anerkennung der überbetrieblichen Streikkomitees in Danzig und zur Mäßigung der Politik der beiden Seiten. Das war eines der ersten Signale zur Kooperation. Die oppositionelle Intelligenz bildete die Pfeiler eines informellen Sektors, der den Austausch von Informationen, materielle und finanzielle Unterstützung zwischen einzelnen Gruppen der Streikenden ermöglichte.

Es wurden Institutionen der Meinungsforschung und Informationsbildung (Zentrum für gesellschaftliche Studien (OBS) und Presseagentur (AS)) für die „Solidarnosc" geschaffen.

Während des ersten Landeskongresses der „Solidarnosc" wurde klar, daß sich die bisherigen Klubs und unabhängigen Gruppen in der unabhängigen Gewerkschaft wiedergefunden und unter ihrem Namen weiterhin für „Solidarnosc" gearbeitet hatten.

Nach der Ausrufung des Kriegszustands am 13.12.1981 wichen die Menschen nicht moralisch zurück. Sie zogen sich vor den Panzern und der Staatspolizei nur hinter fest verschlossene Türen zurück, wo sie sich zur weiteren Oppositionsarbeit sozusagen im Untergrund wiedertrafen. Diese Jahre festigten die Gesellschaft. Es war die Blütezeit der Oppositionsbewegung.

Ende der 80er Jahre kam es zur deutlichen Trennung zwischen dem politischen und dem öffentlichen Leben. Kennzeichnend war die Trennungslinie zwischen den regierenden Gruppen und einer demokratischer Opposition.

Seit Ende 1987 zielte die Rolle der Intellektuellen als Berater und Argumentationshelfer der „Solidarnosc" in Richtung einer Politik des Dialogs, des Kompromisses und der gesellschaftlichen Übereinkunft. In der Phase der legalen Existenz der „Solidarnosc" und auch danach handelte es sich schon um die Vorbereitung des Dialogs am Runden Tisch.

Resümierend würde ich Erscheinungen wie die Konsolidierung unabhängiger sozialer Zirkel der Intelligenz, der Arbeiter, Bauern, Studenten und Künstler sowie der Kirche als Begünstigung für den Aufbau einer Gegen-Infrastruktur, ferner die Rekrutierung von Experten, Schlüsselpersonen und Arbeitermassen zu gemeinsamen Aktionen der „Solidarnosc", und die Dominanz von starkem Verbandswillen für gemeinsame Ziele, als die Elemente für die Herausbildung der Gegen-Öffentlichkeit (Kultur) und unabhängiger Kommunikation prägend waren, hervorheben.

In Polen unterstützte die katholische Kirche informelle Institutionen und trug somit zur Stärkung der Selbstorganisierungstendenzen bei, obwohl sie schon seit 1945 eigentlich in einer Doppelfunktion auftrat. Einerseits war sie system-destabilisierende Beschützerin, andererseits system-stabilisierende Bändigerin der regimekritischen Kräfte. Sie selbst bildete keine Opposition, dennoch ließ sie sich in kein Abseits drängen, wie es in anderen kommunistischen Ländern geschah. Die Kirche paßte sich den Spielregeln des Regimes an und wurde in manchen Situationen sogar zum gleichgestellten Partner im Spiel, mit entscheidendem „Joker" in der Tasche, um nur an die Wahl des polnischen Geistlichen Wojtila zum Papst Johannes Paul II und seinen ersten Besuch 1979 in der Heimat zu erinnern.

In den Jahren 1956 bis 1976 bediente sich die Opposition einer Sprache, die für die widerständigen Gesellschaftsmassen kaum verständlich war. Seit 1956 waren die oppositionellen Kräfte vor allem in offiziellen Strukturen des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens wirksam, deswegen benutzte man „sozialistisches und regierungstreues Sprachgut". Erst 1976 kam es zu einer gewissen Integration. Der Annäherungsprozess zwischen der nonkonformistischen Linken und katholischen Elementen führte zum Abbau gegenseitigen Mißtrauens und später sogar zu ideellen Gemeinsamkeiten, die sich vor allem in der Zeit der „Solidarnosc" 1980/81 niederschlugen. Eine Art Allianz von katholischer Kirche, katholischer und laikaler Intelligenz (Anfang der 70er Jahre) sowie autonomer Bewegungen innerhalb der Arbeiter, Bauern, Studenten (Anfang der 80er Jahre) konnte wirksam das herrschende Regime in Polen verändern. Diese im Ostblock beispiellose Integration trug aber immer schon Keime der Desintegration in sich, die nach der Wende besonders zum Tragen kamen und heute wieder an Stärke zunehmen.

In der Entwicklung der DDR hatte sich politische und gesellschaftliche Opposition in verschiedener Weise vollzogen. In

den ersten Nachkriegsjahren konnte sich eine starke sozialdemokratische Opposition, unterstützt durch die opportune Haltung des Bürgertums nach der Zwangsvereinigung von 1946 zur SED nur im Untergrund betätigen. Protest und Widerstand formierten sich gegen Bodenreform und Enteignung, gegen die Gleichschaltung der Parteien, für Freiheit von Forschung und Lehre, für freie Wahlen und gegen den Umbau der Gewerkschaften. Durch die Bildung verschiedener von der SED abhängiger Satellitenparteien (z.B. der Bauernpartei) und die Umwandlung der SED in eine stalinistische Partei „neuen Typs" wurde die politische Opposition ausgeschaltet. In den 50er Jahren war die Entstehung einer Opposition des „dritten Weges" möglich. Man strebte nach einem „dritten Weg" zwischen Stalinismus und Kapitalismus, wollte einen „menschlichen" Sozialismus aufbauen. Diese Opposition, am deutlichsten in der Tätigkeit der sog. Harich-Gruppe zu sehen, wurde verfolgt, ihre Mitglieder wurden inhaftiert. Trotzdem blieb eine innerkommunistische Opposition wie die von Havemann oder Biermann bestehen. Die verschiedenen Proteste und ihre Motive kulminierten zum Teil in der Erhebung vom 17. Juni 1953, die aber wohl vor allem aus der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit allzu schlechten Lebensbedingungen resultierte. Die Repressionen gegen Vertreter des „marxistischen Revisionismus" wurden infolge des Arbeiteraufstands verstärkt (Zaisser/Herrnstadt-Fall). Bis zum Mauerbau verließen 3,5 Millionen Menschen die DDR, darunter ein großes kritisches Potential, das die gefährliche Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und mögliche weitere Repressionen vermeiden wollte. Damit wurde jede Hoffnung auf einen Reformkommunismus wegen der militärischen Intervention und Zerschlagung des „Prager Frühlings" aufgegeben. In den 70er und 80er Jahren, während die antikommunistische Opposition wie „Solidarnosc" in Polen an Bedeutung gewann, verbreitete sich die Kritik an der Diktatur zum größten Teil unter der Jugend, die sich „unter dem Dach" der Kirche sammelte. Die Heraus-

bildung der Gegen-Öffentlichkeit aus der kirchlichen Friedensarbeit in den 80er Jahren erfolgte im gefährlichen Katz- und Mausspiel mit dem Überwachungs- und Verfolgungsapparat des Staates. Die internationale Einbindung der DDR, vor allem nach der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975, zwang das Regime zu mäßiger Unterdrückung und dies ermöglichte wieder, daß neue Formen von Opposition entstanden.

In der DDR wurden die Räume für kirchliche Gegen-Öffentlichkeiten und unabhängige Initiativen schrittweise erweitert. Öffentlichkeit herstellen und für Versammlungs-, Rede-, und Meinungsfreiheit einzutreten, das waren die Hauptforderungen der Opposition während der 80er Jahre. Sie schaffte und entwickelte politische und kulturelle Protestformen und wurde kurz vor der Wende zu einer Art Vorform der politisch-kulturellen Selbstorganisation und eigenständigen Interessenvertretung (Poppe in: Fehr 1996:65). In diesen Zusammenhang gehören die jugendlichen Gegenkulturen, die Friedens- und Umweltinitiativen und Gruppen im Umkreis der evangelischen Kirchen.

Die Voraussetzungen für die Entstehung der Protestkultur Ende der 80er Jahre werden jedoch viel früher in Havemanns und Bahros sowie Biermanns Kritik am Real-Sozialismus zu suchen sein. Die innerkommunistischen Dissidenten nahmen die Themen der revisionistischen Opposition der 50er Jahre auf, zugleich wurden aber Bürgerrechte eingefordert.

Zu einer neuen Form der widerständigen Haltung nach dem Mauerbau wurden erstmals die sog. „Sperrbrecher" und „Fluchthelfer" sowie später die „mit dem Ausreiseantrag Abstimmenden". Am Rande der protestantischen Kirche entwikkelte sich eine später bedeutsame Öffnung für die unabhängigen Initiativen (z.B. die Bewegung der sog. Bausoldaten - junge Leute, die den Wehrdienst an der Waffe ablehnten und als „Spatensoldaten" in der NVA dienten).

Die Ausbürgerung Wolf Biermanns, der Hausarrest Robert Havemanns sowie später die Verhaftung Rudolf Bahros, alles im internationalen Kontext wohlbemerkt, erschütterten die stabile innenpolitische Lage der DDR. Die Biermann-Kontroverse führte zur öffentlichen Protesterklärung von Schriftstellern und Künstlern. Ein offener Brief an die DDR-Partei- und Staatsführung forderte die Garantie von Grundrechten wie Staatsbürgerschaft und freie Meinungsäußerung. Freundschaftliche Beziehungen wurden als Grundlage für informelle Kommunikation unter Schriftstellern und Künstlern hergestellt und ausgebaut. Seit Ende der 70er Jahre war die Herausbildung der jugendlichen Gegenkultur, auch Alternativkultur genannt, typisch für das zunehmende Unbehagen gegenüber politischen Institutionen. Kennzeichnend für diese Haltung war auch das Friedensengagement. Symbole wie „Schwerter zu Pflugscharen" wurden als Aufnäher und Protestzeichen verwendet, indem man die Forderung nach „Frieden schaffen ohne Waffen" stellte. Die Kritik der Jugendlichen richtete sich sowohl gegen die zunehmende Militarisierung des Alltags in der DDR als auch gegen eine in der DDR verbreitete Tendenz zum „Doppelleben" (Rückzug in private Nischen auf der einen Seite und offiziell geforderte Haltung in der Öffentlichkeit auf der anderen).

Unter den Jugendlichen verbreitete sich schnell der unideologische Stil alternativer Kultur (kennzeichnend dafür ist der „Mythos Prenzlauer Berg") mit der dabei entstandenen Mode der Samisdatlektüre sowie der Lektüre von verbotenen, aus dem Westen oder auch dem Osten eingeschmuggelten Bücher. Das Friedensthema verband viele Angehörige dieser Milieus und war zwischen 1980 und 1985 für die Entstehung unabhängiger politischer Initiativen von großer Bedeutung. In verschiedenen Städten entstanden unabhängige Friedensgruppen, die Friedenswerkstätten (Berlin, Jena, Vipperow) und Friedensseminare (Leipzig, Naumburg, Meißen, Königswalde) veranstalteten. Das Zentrum der Protestversuche verschob sich

Anfang der 80er Jahre von Jena nach Ostberlin. Jena stand für die Anfänge der unabhängigen Friedensarbeit, Ostberlin für ihre Ausweitung zum politischen Thema. Aus diesem Milieu bildete sich Anfang 1986 außerhalb der Kirche die sich als politische Opposition verstehende Gruppe „Initiative Frieden und Menschenrechte" (IFM). Als Gründungsurkunde für die Friedensbewegung in der DDR kann der sog. „Berliner Appell" von Rainer Eppelmann und Robert Havemann gelesen werden, wo man die Kritik an der weiteren Rüstung in Ost und West mit der Formulierung innergesellschaftlicher Reformperspektiven für die DDR verband. Grundlegend für das politische Selbstverständnis und die Handlungsweise der IFM war, unbedingt in der Öffentlichkeit zu wirken (z.B. durch Stellungnahmen und symbolische Aktionen zur Charta 77, zu polnischer und ungarischer Opposition oder zum Prager Frühling). Mit der Gründung der IMF wurden Bestrebungen nach überregionaler Zusammenarbeit in der Frage der Menschen- und Bürgerrechte sowie Erklärungen, die weit über systemimmanente Forderungen hinausgingen, unternommen. Diese Aufgaben wurden in der Vernetzung und Koordinierung mit den neu entstehenden Gruppen wie „Arche Nova", „Frieden Konkret" oder „Berliner Umweltbibliothek" erfüllt.

Der öffentliche Raum wurde seit 1986/87 durch Synodetagungen, Treffen in kirchlichen Zentren (Fürbittgottesdienste, Friedenswerkstätten u.a.) und durch Veröffentlichungen in der kirchlichen Presse intensiver und offensiver genutzt. Auf dieser Basis entfaltete sich im Verlauf der zweiten Hälfte der 80er Jahre der Übergang unabhängiger Initiativen zu Bürgerbewegungen. Hektographierte Zeitschriften und Berichte (Informationsbroschüren) wurden zum Bestandteil der Gegen-Öffentlichkeit, z.B. „Grenzfall" oder „Umweltblätter". Ein lokales und publizistisches Forum besonderen Typs stellte die Umweltbibliothek in Ostberlin dar (informelle Institution, Anlauf- und Koordinationsstelle für andere Gruppen in Berlin und in der DDR). Trotz Repressionen und Verhaftungen konnten

diese oppositionellen Milieus nicht ausgelöscht werden, weil sie gut vernetzt waren und viele Anhänger hatten, die spontan Solidaritätsveranstaltungen durchführten. Ein Ergebnis aus der Vernetzung der informellen Gruppen kann die Herausbildung alternativer interner Sprache mit Begriffen wie „Mündigkeit", „Aufrichtigkeit", „Offenheit", „Würde", „Gerechtigkeit", „Teilhabe" oder „Toleranz", die für alle opportune Haltungen gemeinsam und identitätsbestimmend war, genannt werden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die spontanen Massendemonstrationen im Herbst 1989 innergesellschaftliche Wandlungen in der DDR markieren, deren Ursprünge am Anfang der 80er Jahre zu suchen sind. Das regionale Zentrum für oppositionelle Protestaktivitäten verlagert sich von Jena über Ostberlin nach Leipzig. Es bildeten sich Initiativen und Sammlungsbewegungen heraus, die in alternativ- und gegenkulturellen Milieus der Jugendlichen, in Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsarbeit oder persönlichen und politischen Zirkeln im Umfeld der Kirche tätig waren. 1988 und 1989 überschritten die informellen Gruppen, z.B. „Neues Forum", „Demokratie Jetzt", IFM, „Solidarische Kirche" oder „Umweltbibliothek", den Bereich der kirchlichen Öffentlichkeit und begannen, sich selbst zu organisieren, indem sie Informationsveranstaltungen, die Herausgabe von Zeitschriften oder die Organisation von Protestversammlungen als Mittel kollektiver Aktionen unternahmen. Bei den Massenprotesten stellten die Fürbittgottesdienste in kirchlichen Räumen praktisch die Flamme dar, die den Flächenbrand der unorganisierten und spontanen Demonstrationen entfachte.

Unterschiede in den politischen Zielen, Traditionen und Aktionsformen zwischen der Opposition in der DDR und der VRP fallen so stark ins Gewicht, wie das wohl kaum bei einem anderen Ländervergleich geschehen würde.

Während die demokratische Opposition Polens die Annäherung von unterschiedlichen sozialen Gruppen, Klassen und

Milieus für einen langen Zeitraum schaffte, wirkten die informellen Gruppen und unabhängigen Initiativen in der DDR vor 1989 getrennt von der Mehrheit der Bevölkerung. Kontakte zu Arbeitern und Bauern oder zur wissenschaftlichen Intelligenz gab es vor 1989 nicht. Unterschiede bestehen auch im Hinblick auf die Themenbildung, auf die soziale Basis und die Traditionen der Widerstandskultur. In der DDR erfolgten die Massenmobilisierungsprozesse, die mit den Demonstrationen in Polen 1980/81 vergleichbar wären, nur 1989. Für die Themenbildung spielten in der DDR die Friedenspolitik, Umweltprobleme, die Ideologisierung der Schule und die Militarisierung des Alltags eine entscheidende Rolle, während in Polen die Rede von freien Gewerkschaften und Systemumwandlungen dominierte.

Vorläufiger Stand und erste Forschungsergebnisse

Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR im August 1968, später „Prager Frühling" genannt, war für die Sowjetunion sowohl Bestätigung ihrer Hegemonie in Mittel- und Osteuropa als auch ein Zeichen für Bedrohung ihrer Macht, später Symbol von Veränderungen. Für viele Menschen, nicht nur in anderen osteuropäischen Ländern, sondern auch in der DDR, war er gewissermaßen Ausgangspunkt für oppositionelles Handeln. Es lohnt sich zu untersuchen, warum diese Botschaft die späteren DDR-Dissidenten erst so spät nach ihren „Verbündeten" in Warschau oder Budapest erreicht hatte. In Polen wurden schon in den frühen 70er Jahren antitotalitäre Aktivitäten mit den Parolen wie „nicht lügen, öffentlich handeln und miteinander solidarisch sein" unternommen. Als erste konnten sich davon die kirchlichen Gruppen um die „Aktion Sühnezeichen" oder einzelne Wissenschaftler im Universitätsaustausch während ihrer Treffen mit entsprechenden polnischen Gruppen überzeugen. Die Impulse der ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen wurden besonders nach der Ratifizierung der Helsinki-Schlußakte 1975 (Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten zur Umsetzung der elementarster Menschenrechte) in der DDR mit stärkerer Resonanz empfangen. Von großer Wichtigkeit war die Gründung des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" (KOR) in Polen. Ähnliche Gruppierungen entstanden auch in der CSSR (Charta 77), in Ungarn oder in der Sowjetunion. Eine spezielle Funktion hatten später zweifellos die Geschehnisse in Polen Ende der 70er Jahre und vor allem die Gründung der Gewerkschaft „Solidarnosc". Sie trugen zur Stärkung des Selbstvertrauens oppositioneller Kräfte nicht nur in der DDR, sondern im gesamten Ostblock bei.

Nach Ludwig Mehlhorn kam es damals zu engeren Verbindungen einzelner Oppositioneller der DDR mit polnischen Dissidenten, wobei diese Kontakte z.B. nur über Vermittler, also indirekt wegen strenger Reiseverbotspraxis der SED möglich waren (Bericht der Enquete-Kommission 1994:204f). Trotzdem konnten die oppositionellen Kräfte der DDR aus den praktischen und ideellen Erfahrungen der polnischen Dissidenz einen beträchtlichen Nutzen ziehen. Es ging nicht nur um Reform- bzw. Systemänderungsversuche, sondern vor allem um Bürgerrechte, Ökologie, Wehrdienstverweigerung, Solidaritätserklärungen und auch um Debatten über Deutschland-Fragen. Besonders die polnischen und tschechischen Ideen zur Beendigung der Teilung Europas waren offen und aufschlußreich.

Zu den wichtigsten Quellen, die für diesen Beitrag ausgewertet wurden, gehören die seit 1980 erschienenen DDR - Samisdat-Schriften, die ich während meines Forschungsaufenthaltes in der Forschungsstelle „Osteuropa" in Bremen gefunden habe. Ansonsten stütze ich mich zum Teil auf schon vorhandener polnischen oder deutschen Erinnerungs- und Fachliteratur.

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre gab es im Ostblock einen allgemeinen Trend, Kontakte zwischen den kritisch-intellektuellen Gruppen aufzunehmen. So entstanden gemeinsame Stellungnahmen der ostmitteleuropäischen Opposition (auch polnische und DDR-Dissidenz) z.B. der sog. „Prager Appell". Punktuell wurden Seminare im Rahmen von „Greenway Osteuropa" (meist in Ost-Berlin) veranstaltet und im Samisdat verfolgt. Was die „Initiative Frieden- und Menschenrechte" (IFM) anbetrifft, wurden persönliche und politische Kontakte zu polnischen Gruppierungen im Umfeld von „Solidarnosc" und zur Initiative „Freiheit und Frieden" (WIP) entwickelt. Die Mitglieder der informellen Gruppen aus Leipzig pflegten engere Kontakte zu polnischen und tschechischen Partnern zu halten und wurden stark von osteuropäischer Dissidenz und ihrem Gedankengut geprägt (Fehr 1996:213). Die DDR-Erfahrungen mit dem östlichen Nachbar wurden in Stellungnahmen der 1987 gegründeten Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" aufgegriffen.

Die politischen, vor allem aus dem kirchlichen Umfeld, aber auch aus der Bürgerbewegung stammenden Schriften, die ich in den Beständen der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen gefunden habe, wie „Grenzfall", „Umweltblätter", „ZRYW", „Oder", „Aufrisse", „Arche Nova", „Feuermelder", „Forum", „Bekenntnis" und „Kontext" (Erscheinungsdauer 1987 bis 1989) widmeten sich der Informationsübertragung vor allem aus dem Inland, aber auch aus dem benachbarten Ausland (Sowjetunion, CSSR, Polen, Ungarn - die Reihenfolge entspricht etwa der Wichtigkeit und dem Umfang der Artikel jeweils zum angegebenem Land). Viele dieser Publikationen entstanden in kirchlichen Gemeinden und kleinen unabhängigen Diskussionszirkeln, so daß sich Inhalte vor allem aus jenen persönlichen und unmittelbaren Kontexten ergeben. Oft finden sich kurze Meldungen sowohl über die nationale als auch internationale Situation im Umweltbereich. Hier wiederholen sich Berichte zur polnischen Öko-Entwicklungen der

Jahre von 1987 bis 1989. Internationale Treffen in Krakau oder Warschau bereiteten den Weg zum gemeinsamen Ostblock-Dialog in Sachen Umwelt. Auffallend sind Informationen bzw. Solidaritätserklärungen zu polnischen Friedensgruppen, wobei hier die 1985 gegründete Jugendorganisation „Freiheit und Frieden" (WIP) im Vordergrund steht. Diese Gruppe hatte die meisten Kontakte zu Menschenrechtlern aus der DDR, samt Ideen- und Personenaustausch. In den Artikeln wird die gemeinsame Basisarbeit für Frieden, Menschen- und Bürgerrechte in den Staaten des Warschauer Vertrages betont, als mögliche Änderung der Systemmisere. Zu den meist beschriebenen Themen gehört noch der polnische Antimilitarismus, der aber wieder im festen Zusammenhang mit der Gruppe „Freiheit und Frieden" erscheint. Ansonsten finden sich noch Abdrucke von Offenen Briefen, die zusammen mit polnischen Partnern z.B. an Gorbatschow gerichtet sind bzw. Interviews mit polnischen Oppositionellen wie Michnik, Krol, Litynski u.a. Erstaunlich ist die Fülle solcher Informationen. Es entsteht der Eindruck, daß die VerfasserInnen sich selbst als Teil eines internationalen Zusammenhangs begreifen.

Symptomatisch für die Artikel von Ludwig Mehlhorn ist der polnische Bezug. Er interessiert sich vor allem für das in den letzten 40 Jahren durch gezielte Propaganda auf Ignoranz, Gleichgültigkeit und sogar nicht nur Zerr- sondern auch Feindbilder reduzierte deutsch-polnische Verhältnis. Im Gegenzug appelliert er an das Gewissen beider Völker und befürwortet die Gestaltung einer Dialogbahn, die jenseits der Oder/Neiße-Grenze neue, um christliche Werte ergänzte, im Sinne der europäischen Integration erweiterte Wahrnehmungshorizonte entstehen läßt. Überraschend erscheinen Publikationen von der Gruppe der „Demokratischen SozialisInnen", die den polnischen Weg in eine unabhängige und selbstverwaltete Zukunft von der Entstehung der Gewerkschaft „Solidarnosc" bis 1988 beschreibt und kommentiert sowie sich zugleich polnischen Streikenden in Nowa Huta solidarisch erklärt.

Die Schriften entstanden zum überwiegenden Teil durch zwei in der DDR relativ weit verbreitete Reproduktionstechniken von Schreibmaschinentyposkripten, wie dem Ormik- und dem Wachsmatrizenverfahren. Sie sind einfarbig und einfach gestaltet, vereinzelt findet man Karikaturen. Diese informellen Dokumentationen von in- und ausländischen Ereignissen lassen diese Schriften zu einem relevanten Zeitdokument werden.

Es muß jedoch betont werden, obwohl sich in diesen Schriften relativ viele Bezüge auf informelle Sektoren und ihre Arbeit in Polen finden, daß Polen als ganzes kein Thema der DDR-Öffentlichkeit war. Diese Tatsache unterstreichen auch die Autoren der oben angeführten Samisdat-Schriften.

Die westdeutsche und insbesondere die ostdeutsche Thematik stand allerdings auch nie im Vordergrund der Debatten und Diskussionen der polnischen Opposition. Schon der Vergleich der polnischen Samisdat-Veröffentlichungen zur Sowjetunion oder der DDR, schreibt Jacek Maziarski, deutet darauf hin, daß die DDR für die polnische Opposition kaum attraktiv war (Fehr 1996:396).

Das Schreiben und Diskutieren über die DDR war eher die Sache „amtlicher Deutschlandstudien". Trotz aller Einschränkungen reflektierten bereits in den 70er Jahren Adam Michnik und Krystyna Kersten in den Vorlesungen der „Fliegenden Universität" (TKN) über das zweideutige Verhältnis der „Bruderpartei SED" zur Frage der Oder/Neiße-Grenze. Michnik stellte auch das Problem der Aussiedlung der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg zur Diskussion. Den Versuch einer Abrechnung mit den polnischen Traditionen des Chauvinismus und der Fremdenfeindlichkeit (auf der schwarzen Liste der „polnischen Sünden" stehen sie neben dem Antisemitismus und dem Antiukrainismus) den Deutschen gegenüber unternahm 1981 Jan Jozef Lipski in seiner Schrift „Zwei Vaterländer, zwei Patriotismen".

Man muß sich aber auch dessen bewußt sein, daß die Kenntnis des östlichen Nachbarn, seiner Kultur und Sprache im allgemeinen in den polnischen oppositionellen Intelligenz-Kreisen, von katholischen Publizisten aus dem Umkreis von „Tygodnik Powszechny", wie Mieczyslaw Pszon oder den Warschauer Intellektuellen Stanislaw Stomma und Stefan Ksielewski abgesehen, relativ schlecht war. Wiederholt erwähnenswert erscheint hier die Tätigkeit der polnischen unabhängigen Jugendinitiative „Freiheit und Frieden" (WIP), die wahrscheinlich als einzige ziemlich früh die Entfaltung der Friedensbewegung in der DDR ernsthaft bemerkt und auf solche Möglichkeit der Friedens- oder Ökobasis zur Abschaffung aller den offenen Dialog hindernden Barrieren im Ostblock hingewiesen hatte. Die überwiegende Mehrheit der polnischen Opposition konnte eine gewisse Symetrie (gemeint sind charakteristische Züge der Basisdemokratie) zu ihrem potentiellen Partner im Westen nicht wahrnehmen. Gerd Koenen berichtet über Stimmen polnischer Opposition zur DDR folgendermaßen: „Es gibt etwas, was man als tief verwurzelte Animositäten zwischen den Völkern bezeichnet, die sich nicht nur mit politischen Tätigkeiten, Verträgen und Deklarationen beseitigen lassen" (Koenen in: Wolff-Poweska 1993:407).

Wesentliche Bedeutung für die gegenseitige Perzeption der beiden „im sozialistischen Lager befreundeten Völker" hatte die Öffnung der Oder/Neiße-Grenze 1972. Es kam zu massenhaften Besuchen, offiziellem Jugendaustausch, Partnerschaften, zwischenbetrieblicher Kooperation oder privat auf der menschlichen Ebene zu Mischehen und ehrlichen Freundschaften. Eine Entscheidende Rolle spielte dabei die Konsum-Attraktivität der DDR zu dieser Zeit. „Der Ausverkauf der DDR" verursachte eine allmähliche Einschränkungen in der erstmals liberalen Reisepolitik der offiziellen Regierungsorgane. Darüber hinaus kann man aber auch feststellen, daß der „paß- und visafreie Grenzverkehr" vielen vor allem jungen

Leuten aus der DDR die Gelegenheit schaffte, Polens Toleranz und weltoffene Kulturszene kennenzulernen.

In den 80er Jahren distanzierten sich beide Gesellschaften voneinander, wozu die feindliche und sogar aggressive Haltung der DDR-Regierung der „Solidarnosc"-Bewegung und der Durchführung der Reformen gegenüber erheblich beitrug. 1981 wurde der Touristenverkehr zwischen der VRP und der DDR mit Durchsetzung der Visa- und Einladungstechnik praktisch gestoppt.

Eine Ausnahme von den sporadischen und ziemlich späten Kontakten bildeten die gemeinsamen Begegnungen im Rahmen der sowohl in der DDR als auch in der BRD veranstalteten „Aktion Sühnezeichen". Der DDR-Zweig der Aktion, in der Günther Särchen eine relevante Rolle spielte, nahm in der Blütezeit der propagandistisch gestalteten, „brüderlichen" Zusammenarbeit (70er Jahre) praktische, unabhängige und Stereotype wie Feindbilder abbauende Ideen auf. Trotz der Gefährlichkeit wurden sehr selten ehrliche Debatten über die eigene Vergangenheit geführt (Wollf-Poweska 1993:386). Die relativ kleine Intellektuellen-Gruppe aus dem Milieu der Zeitung „Tygodnik Powszechny" oder der Monatsschriften „Wiez" und „Znak" bzw. der Klubs der katholischen Intelligenz (KIK) waren auf polnischer Seite die ersten Debattenführer. Das oppositionelle Image dieser Gruppierungen gegenüber der offiziellen Ideologie und die katholische Weltanschauung zu einem Transfer der Botschaft des Evangelismus auf das Gebiet der internationalen Beziehungen brachte ein alternatives Deutschlandbild hervor. Die schon verstorbene, bis heute aber im Gedächtnis ihrer Schüler lebende Wortführerin der deutsch-polnischen Versöhnung, Anna Morawska, versuchte, den „inneren Eisernen Vorhang" zur DDR mit dem symbolischen Zeichen der Aufgeschlossenheit und der Versöhnung zu durchbrechen.

In der Atmosphäre der moralischen Unruhe und vergangenheitsorientierten Wahrheitssuche agierten die katholischen Laien-Eliten um die Zeitung „Tygodnik Powszechny".

Mieczyslaw Pszon, Anna Morawska, Jozefa Hellenowa, Juliusz Zychowicz, Jerzy Turowicz, um die wichtigsten Namen hier hervorzuheben, kontaktierten schon seit den frühen 60er Jahren mit den Deutschen sowohl aus der DDR als auch aus der BRD, die mit der „Aktion Sühnezeichen" verbunden waren. Sie initiierten die gemeinsamen Jugend-Treffen in den Konzentrationslagern in Oswiecim, Sztutowo oder Majdanek und versuchten die „weißen Flecken" der Nachkriegsgeschichte aufzudecken. Zu den wenigen Hauptgestalten der informellen und unabhängigen Beziehungen zwischen der VRP und der DDR gehörten Günter Särchen - Mitbegründer und langjähriger Veranstalter der „Aktion Sühnezeichen"; Friedrich Magirius - langjähriger Vorsitzender der „Aktion Sühnezeichen", evangelischer Pastor in Leipzig, las die Leipziger Montagsmessen und nahm an Gesprächen des Runden Tisches teil; Erich Busse - evangelischer Pastor, engagierter Veranstalter der „Aktion Sühnezeichen", später in den 80er Jahren Organisator der Zusammenarbeit der DDR-Opposition unter dem Dach der Berliner und Dresdner Kirchen. Auch bei Konrad Weiß stimmt seine kurze Lebenslaufskizze mit den oben angegebenen überein. Er war auch seit den 60er in der „Aktion Sühnezeichen" tätig, dann seit den 80er in der Herauskristallisierung der DDR-Opposition und schließlich in den Gesprächen des Runden Tisches aktiv.

Ludwig Mehlhorn - einer der einflußreichsten Wegbereiter zur Kontaktaufnahme zwischen den informellen Sektoren in der VRP und der DDR und einer der wenigen Veranstalter der Zusammenarbeit mit der polnischen Opposition in den 70er Jahren - erinnert sich an seine erste Reise (1965) nach Polen mit der „Aktion Sühnezeichen". Er hebt die Andersartigkeit, das Exotische, das viel höhere Maß an Liberalität in Polen hervor. Größere Freiräume in der Kultur, Literatur und Wissenschaft,

dieses Bewußtsein der Stärke nach der Entstehung der Gewerkschaft „Solidarnosc" lassen in Polen die Opposition in den 80er Jahren zum öffentlichen Allgemeingut werden, was sie in der DDR nie gewesen ist. Er hat dabei vieles gelernt, obwohl er nur mit Leuten aus der „zweiten Reihe" der KOR kontaktierte. Dieses Polen wurde auch für einen anderen Initiator der Aktivitäten-Bündelung zu Polen, einem DDR-Oppositionellen, Markus Meckel, ein Meilenstein auf seinem politischen Weg, ein „Stück Freiheit", wie er es selbst bezeichnete.

Die unabhängige Entwicklung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland wäre ohne diese Personen, die die ersten kleinen Schritte unternommen und gemeinsame „Versöhnungsbrote" langsam aber mit unheimlicher Geduld und Ausdauer gebacken haben, nicht einfach anzubahnen. Die schon erwähnten Namen und Milieus, ergänzt um die katholische Kattowitzer Zeitschrift „Sonntagsgast" oder die Posener „Katholischen Anführer" sowie das in Magdeburg organisierte „Polenseminar" (später in Anna Morawska-Seminar umgestaltet) spielte dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Aufarbeitung der gemeinsamen, offiziell vielerorts falsch dargestellten Geschichte während der Jugend-Treffen, die Herausbildung einer Dialogbahn zwischen Ost-Berlin und Krakau im Rahmen der Aktion (jährliche Treffen), die Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau von Stereotypen und Feindbilder - all das waren Versuche, die von oben angegebenen Regierungsdirektiven „zu freundschaftlicher Zusammenarbeit und brüderlicher Hilfe" zu reflektieren und davon unabhängig zu gestalten. Man muß sich jedoch dessen bewußt sein, daß die Aktion in der DDR nur in kleinen kirchlichen Milieus bekannt, für die breitere Öffentlichkeit gar nicht präsent war. Ähnlich war es in Polen, obwohl hier die publizistische Tätigkeit der schon oben genannten katholischen Zeitungen und Zeitschriften zu verzeichnen wäre.

Außerdem sind Versuche unternommen worden, illegale Schriften zu den deutsch-polnischen Themen, wie Radix-Blätter (mit einem nur Polen gewidmeten Heft „Oder") herauszugeben, wo man offen mit „Solidarnosc" sympathisierte. Die Herausgeber suchten Zeugnisse für „ein Gespräch zwischen Polen und Deutschen, das bindet" zu finden. Neben einigen literarischen und essayistischen Arbeiten zu „Solidarnosc" enthält diese Veröffentlichung Artikel über die deutsch-polnischen Beziehungen vom 2. Weltkrieg bis in die Gegenwart oder Arbeiten polnischer Schriftsteller (z.B. Milosz).

Ab 1981 gab Uwe Kolbe die unabhängige Publikation „Der Kaiser ist nackt" heraus, dann zusammen mit Lothar Trolle und Bernd Wagner von 1983 bis 1987 die Zeitschrift „Mikado". Sie bestätigen, daß während ihrer Reise durch Polen 1981 die polnische Untergrundkultur ihre Entscheidung für illegale Publikationen in der Heimat stark beeinflußte. Auch frühere Zeitschriftenprojekte orientierten sich an polnischen Erfahrungen von Untergrundarbeit.[1]

Die Geschichten von einzelnen Polen-Sympathisanten sind noch kaum ausgewertet und beschrieben worden. Es waren der Theologie-Student Eckard Hübner, der wegen Schmuggel von „Solidarnosc"-Material für ein Jahr ins Gefängnis kam und auf die sog. innerdeutsche Freikaufsliste im Frühjahr 1982 gesetzt wurde oder der Fall von Roland Jahn, der wegen seiner Solidaritätskundgebung für die polnische Gewerkschaft „Solidarnosc", weil er mit einem kleinen polnischen Fähnchen am Fahrrad durch Jena gefahren ist, daraufhin 1983 vom MfS verhaftet und in einer Zugtoilette eingesperrt in den Westen abgeschoben wurde. Die schon von mir erwähnte Untergrundpublikation „ODER" mit ihren 1000 Exemplaren Auflage und

1 Weitgehend stütze ich mich auf die Aufsätze (Marion Brandt) und Interviews (mit Ludwig Mehlhorn, Szarota), die in dem Buch WIR bzw. in den Zeitschriften „Tygodnik Powszechny" („Polen und Deutsche aus der DDR" von A. Czarnecki) oder Tagesspiegel („Wenn anderswo die Stiefel knallen" von Marko Martin) und Dialog (Interview von A. Krzeminski mit Markus Meckel) erschienen sind.

Texten von polnischen sowie deutschen Oppositionellen stammte von Ludwig Mehlhorn, Michael Bartoszek und Ludwig Zeller. Rüdiger Rosenthal, der wegen Kontakten zu polnischer Opposition nicht mehr nach Polen fahren durfte, schrieb eine Gedichtreihe unter dem Titel „Polnische Reise". Auf den Lesungen wurde Geld und Pakete für Gefangene gesammelt, die außerhalb der offiziellen Paketeaktion nach Polen geschickt wurden. In der offiziell veröffentlichten Literatur der DDR gab es nur sehr wenige Texte mit Bezügen zu „Solidarnosc" (etwa Monika Nothing, „Zu den Wurzeln steigen"). In den 70er Jahren schweigen die DDR-Autoren zur Gewerkschaft „Solidarnosc", zur Verhängung des Kriegszustands, abgesehen von der einzigen Protest-Reaktion von Stefan Heym in einem taz-Interview aus dem Jahr 1982, oder zur Inhaftierung von Schriftstellern, was nicht nur mit der Zensur, der Abgrenzungspolitik des Staates, sondern auch mit der latenten, durch die DDR-Propaganda immer wieder belebten Polenverachtung zu erklären ist. Nur die ausgereisten oder ausgewiesenen Autoren solidarisierten sich in Briefen, Liedern, Gedichten und Publizistik mit Polen, darunter Horst Bienek, Wolf Biermann, Reiner Kunze, Jürgen Fuchs, Utz Rachowski und Annegret Gollin. Sie veröffentlichten in polnischen Exilzeitschriften und traten zusammen mit polnischen Emigranten auf Solidaritätsveranstaltungen auf.

Vor 1987 gab es in der DDR kaum ein Untergrundverlagswesen. Die westlichen Radio- und Fernsehsendungen, sowie die westliche Publizistik und Literatur waren in Reichweite, sie schafften das Gefühl, in eigener privater Nische opportun zu handeln und lähmten somit jegliche oppositionelle Aktivität. Die westdeutschen Medien waren daraufhin ausgerichtet, so viele Texte wie möglich in die DDR „einzupumpen", um nur an solche Radiosender wie NWDR oder RIAS zu erinnern. Polen befand sich in einer ganz anderer Lage: von Zensur verseucht, vom Westen geopolitisch fast völlig abgeschnitten. Mehlhorn schlußfolgert, daß die Deutschen „ein eingeborenes

Harmoniebedürfnis mit dem Staat haben, dagegen Polen sich mit dem Volk identifizieren und den Staat als etwas Fremdes betrachten" (Wir 1996:88). Dann kann auch Opposition gegen den Staat gleich als Feind demaskiert werden, wenn man das Volk mit dem Staat identifiziert.

Trotz dieser doch sichtbaren Tendenz zur zwischenoppositionellen Kontaktaufnahme kann man nicht über eine regelmäßige Zusammenarbeit der Bürgerbewegungen beider Staaten sprechen. Die DDR-Opposition blieb von polnischen Initiativen isoliert und trotz der geographischen Nähe relativ weit entfernt. Inwieweit entfernt und warum läßt sich erst nach weiteren Forschungen feststellen.

Literatur- und Quellenmaterial

Borodziej, Wlodzimierz/Kochanowski, Jerzy: PRL w oczach Stasi, Teil I, Dokumente aus den Jahren 1971, 1980-1982, Fakt, Warszawa 1995

Dalos, György: Ost & Ost. Dissidentenkontakte im Warschauer Pakt-Bereich, MS 1990

ders.: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in Deutscher Bundestag (Hg.): Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folden der SED-Diktatur in Deutschland" Bd. VII, 1, Bonn 1995

Deutscher Bundestag (Hg.): Bericht der Enquete-Kommision „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Drucksache 12/7820, Bonn 1994.

dtv-Lexikon, Bd. 8, München 1990

Fehr, Helmut: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen, Opladen 1996

Forschungsstelle Osteuropa (Hg.): Eigenart und Eigensinn: alternative Kulturszenen in der DDR (1980-1990), kommentiert von Frank Eckart, Bremen 1993

dies.: Archivmaterial, Bremen 1997

Fricke, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984

Friszke, Andrzej: Materialy konwersatorium, Typografika, Warszawa 1991

ders.: Opozycja polityczna w PRL 1945-1980, Aneks 1994

Geschichtliche Grundbegriffe, Bd.4, Stuttgart 1978

Hemmerling, Nadolski: Opozycja demokratyczna w Polsce 1967-1980, Warszawa 1994

Hirsch, Helga: Die deutsche Frage in der unabhängigen Presse Polens. Sozialwissenschaftliche Informationen Jg. 16, H. 3, 1987

Holzer, Jerzy: „Solidarität": Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985

Interview mit Thomas Rudolph in: Findeis, H.: Die Entzauberung des Politischen, Leipzig/Berlin 1994, S.194

Israel, Jürgen (Hg.): Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981-1989, Berlin 1990

Jander, Martin: Oppositionarchive ohne Zukunft, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 2, Berlin 1996

ders.: Vorläufige Chronologie. Verfolgung, Opposition, Dissidenz und Verweigerung in der DDR 1945-1990, Forschungsverbund SED-Staat, Berlin 1997

Jänicke, Martin: Der dritte Weg. Antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964

Jordan, C.: Akteure und Aktionen der Arche, in: Jordan, C./ Kloth, H.-M.: Arche Nova. Opposition in der DDR, Berlin 1995

Klein, Thomas/Otto, Wilfriede/Grieder, Peter: Visionen, Repressionen und Opposition in der SED, Teil I, Frankfurt/Oder 1996

Kobylinska, Ewa/Lawaty, Andreas/Stephan, Rüdiger (Hg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, München 1992

Koenen, G.: Za wasza i nasza wolnosc. „Veto", Poznan Nr. 16/1988 (Abdruck aus der Frankfurter „Kommune" Nr. 9/1985), in: Wolff-Poweska, Anna: Polacy wobec Niemcow, Z dziejow kultury politycznej Polski 1945-1989, Poznan 1993

Kolbe Uwe/Trolle, Lothar/Wagner, Bernd: Mikado 1-12, in: Dies. (Hg.): Mikado oder Der Kaiser ist nackt, Selbstverlegte Literatur in der DDR, Darmstadt 1988

Kurón, Jacek: Glaube und Schuld. Einmal Kommunismus und zurück, Berlin 1991

Kurón, Jacek/Modzelewski, Karol (Hg.): Monopolsozialismus. Offener Brief an die Mitglieder der Grundorganisation der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und an die Mitglieder der Hochschulorganisation des Verbandes Sozialistischer Jugend an der Warschauer Universität, Hamburg 1969

Kuwaczka, W.: Möglichkeiten und Grenzen des deutsch-polnischen Dialogs. Stuttgart/Bonn 1988.

Luks, Leonid: Katholizismus und politische Macht im kommunistischen Polen 1945-1989. Die Anatomie einer Befreiung, Böhlau 1993

Maziarski, Jacek: My i Niemcy w: Mysli o naszej Europie. Tom przygotowala do druku redakcja „Obozu", Profil W-wa 1988, S.39f.

Meckel, Markus/Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. 10 Jahre kirchliche Friedensarbeit- kommentierte Quellentexte, Köln 1994

Michnik, Adam: Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog, München 1980

ders.: Zwischen Rußland und Deutschland, Kultura (Paryz) 1984, Wyd. spec. S.42f.

ders.: Polnischer Frieden, Berlin 1985

ders.: Der lange Abschied vom Kommunismus, Hamburg 1992

Milaszewski, A./Sakson, A.: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. - Geneza i dzialalnosc., Przeglad Zachodni Nr. 2/1985, S.115-124

Pieciak, Wojciech (Red.): Polacy i Niemcy pol wieku pozniej, Ksiega pamiatkowa dla Mieczyslawa Pszona, Wyd. Znak, Krakow 1996

Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus „Umweltblätter", Masterdam 1992

Sakson, Andrzej: Akcja „Znak pokuty", „Tygodnik Polski", Nr. 29/1983

Skorupski, Jan Stanislaw: ... um die Polen zu verstehen. Die längste Ballade der Welt, Berlin 1991

Stach, A.: Stworzyc pokoj bez broni (rzecz o niezaleznych ruchach pokojowych, ekologicznych i obriny praw czlowieka w NRD), Kontakt Nr. 1-2/1989

Tarkowski, J.: Wladza i spoleczenstwo w systemie autorytarnym, Warszawa 1994 lub Patroni i klienci. Warszawa 1994

WIR: „PRL/NRD - literatura niezalezna", Berlin 1996

Wolff-Poweska, Anna: Polacy wobec Niemcow, Z dziejow kultury politycznej Polski 1945-1989, Poznan 1993

Wonneberger, Ch.: Ich habe immer tun müssen, was ich für richtig hielt, in: Lindner, B.: Zum Herbst ´89. Demokratische Bewegung in der DDR, Leipzig 1994

Zariczny, Piotr: Die Erhebung vom 17. Juni 1953 in den Pressezeugnissen dieser Tage am Beispiel Neues Deutschland und Süddeutsche Zeitung, 1996, unveröff. Manuskript

BERIT PLEITNER

„So steht der Deutsche zum Polen"

Zur Funktion von Stereotypen in Nationsbildungsprozessen am Beispiel des Polenbildes in den „Grenzboten" 1849-1862

Heutzutage scheint uns die Zugehörigkeit zu einer Nation ein selbstverständliches Attribut eines jeden Menschen zu sein. Die neuere historische Forschung versteht Nationen jedoch als Konstrukte - um es mit Benedict Anderson zu sagen: als „vorgestellte Gemeinschaften" (Anderson 1993) -, die als ein Phänomen der Moderne zu betrachten sind. In dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von nur etwa 200 Jahren hat sich das Konzept des Nationalismus jedoch als einflußreich und folgenschwer erwiesen und daher immer wieder zu wissenschaftlichen Erklärungsversuchen Anreiz gegeben. In der jüngsten Zeit erlebt die Nationenforschung aufgrund aktueller politischer Ereignisse einen ungeahnten Boom.[1]

Eine Nation ist - so die vorherrschende Meinung unter Historikern - keine naturnotwendig gewachsene Gemeinschaft, sondern ein Artefakt. Miroslav Hroch definiert sie folgendermaßen: „Es handelt sich demnach (bei der Nation, B.P.) um eine soziale Großgruppe, die durch eine Kombination von austauschbaren und auch ihrer Bedeutung nach unterschiedlichen Beziehungen zusammengehalten wird, darunter das Na-

---

1 Wegen der großen Menge der Publikationen sei hier verwiesen auf den Überblick in: Dieter Langewiesche, „Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven", in: Neue Politische Literatur 40/1995, S. 190-235.

tionalbewußtein eines variierenden Anteils der Bevölkerung." (Hroch 1994).

Das Nationalbewußtsein kann sich in unterschiedlichen Weisen ausdrücken und bildet den „Kitt", der alle Mitglieder einer Nation miteinander verbindet. Dies ist jedoch nur möglich, wenn alle auf der Grundlage allgemein anerkannter Werte und Normen miteinander kommunizieren können. Somit ist eine Nation auch immer und vor allem eine Kommunikationseinheit (vgl. Deutsch 1953, 1972). Das Nationalbewußtsein steht dabei nicht neben oder gar über dem politisch-sozialen Kontext, sondern in wechselseitiger Beziehung zu ihm.

Ernest Gellner hat in seinem Buch „Nationalismus und Moderne" (Gellner 1991) herausgearbeitet, wie der Modernisierungsprozeß - die Industrialisierung, die Arbeitsteilung und die dadurch steigende Mobilität sowie die Verbreitung der schriftlichen Hochkultur - die Entstehung des Nationalismus überhaupt erst ermöglicht hat. Die Homogenisierung der Kultur höhlt die agrarischen Gesellschaftsstrukturen aus, so daß schließlich eine Übereinstimmung von kulturellen und politischen Grenzen gefordert wird. Diese These läßt meiner Meinung nach jedoch zwei Fragen offen. Erstens: Wieweit reicht eine jeweilige Kultur, wen umfaßt sie? Warum hat sich eine deutsche, aber keine bayerische Nation herausgebildet, was ja auch durchaus denkbar gewesen wäre? Zweitens: Welche Diskurse haben dazu beigetragen, daß die Nation der neue, über allen anderen stehende Bezugspunkt werden konnte? Gellner deutet nur an, daß die Bewohner eines bestimmten Gebietes spüren, wie sich die alten Strukturen auflösen, sie sich an die Moderne anpassen müssen und daher notwendigerweise den Nationalstaat fordern. Diese Argumentation scheint mir fragwürdig, denn es hätte sicherlich auch Alternativen gegeben. Die meisten Menschen, so denke ich, halten in Phasen der Unsicherheit zunächst lieber am Althergebrachten fest, als sich mit Leib und Seele dem Neuen, Unbekannten zu verschreiben. An diesem Punkt möchte ich meine Untersuchung

ansetzen: Wie hat der nationale Diskurs die Vorstellungswelten geformt und zum Siegeszug dieses neuen Phänomens beigetragen? Ohne die sozial-politischen Ereignisse auszuschließen, lasse ich sie daher zum historischen Kontext meiner Untersuchung werden, die ich als eine mentalitätsgeschichtliche verstehe, da sie sich die Erkundung möglicher Vorstellungswelten in der deutschen Gesellschaft zum Ziel setzt.

Nach der Typologisierung von Hroch durchläuft eine nationale Bewegung drei Phasen: zunächst die Vorbereitungsphase, in der nur eine Minderheit den nationalen Diskurs entwirft, dann die Phase der Nationalbewegung, in der eine Elitegruppe aktiv für die Umsetzung der Ziele kämpft, und schließlich die Phase der Massenbewegung, in der das Nationalbewußtsein die gesamte Bevölkerung erreicht (Hroch 1994). Für die historische Untersuchung bietet sich die zweite Phase an, da hier die Quellenlage reichhaltig ist. Zeitungen und Zeitschriften, Bücher, Pamphlete und politische Reden gehören in diesen Bereich. Schwieriger - aber nicht weniger interessant - wird es hingegen, die Verbreitung des Nationalbewußtseins in der breiten Bevölkerung zu untersuchen, da diese häufig mündlich geschah und eher mit rezeptionsgeschichtlichen Methoden zu untersuchen wäre. So konzentriere ich mich ebenfalls auf die zweite Phase und dabei vornehmlich auf das Bildungsbürgertum.

Eine Möglichkeit, sich dem Nationalbewußtsein anzunähern, besteht in der Analyse der Funktion von nationalen Stereotypen (vgl. u.a. Blaicher 1987; Gerndt 1988; Link/Wülfing 1992; Jeismann 1992; Leyens 1994; Hahn 1995). Diese bieten jedem die Möglichkeit, sich auf einfache Weise einer bestimmten Gruppe zugehörig zu erklären oder einen Fremden aus einer Gruppe auszuschließen. Stereotypen definiere ich als den Ausdruck eines sozialen Wahrnehmungsmusters, das einer Gruppe oder ihren einzelnen Vertretern verallgemeinerte und vermeintlich ewig gültige positive oder negative Wesenszüge bzw. Verhaltensweisen zuschreibt und dabei grundsätzlich

eine Wertung vornimmt. Insbesondere Adam Schaff hat die Präsenz einer „emotionalen Ladung" herausgehoben (Schaff 1980). Diese vereinfacht strukturierten „Bilder in unseren Köpfen" (Lippman 1964) übernehmen zunächst eine Orientierungsfunktion in einer als unübersichtlich empfundenen Umwelt (vgl. Jaworski 1987). Insbesondere durch ihre emotionale Beschaffenheit dienen sie zur Bestimmung der eigenen Identität durch Abgrenzung von anderen. In diesem Prozeß werden Eigengruppen definiert, die sich gegenüber Fremdgruppen abgrenzen. Mit anderen Worten: Jedes Heterostereotyp impliziert ein Autostereotyp. Stereotypen sind gegen Veränderungen, zum Beispiel durch zusätzliche Informationen, weitgehend resistent, da mit jeder Überprüfung ihres Wahrheitsgehaltes auch eine Infragestellung der eigenen Identität verbunden ist.

Stereotypen sind demnach nicht per se als grobe Verzerrung der Wirklichkeit anzusehen, der Abhilfe geleistet werden müßte, sondern sie sind ein unabdingbarer Bestandteil der menschlichen Wahrnehmung von Realität. Da sie aber vor allem auf emotionaler Grundlage operieren und daher schwer hinterfragbar sind, lassen sie sich leicht instrumentalisieren. Wenn Stereotypen in kommunikativen Prozessen vermittelt werden, dann knüpfen sie ein dichtes Netz, innerhalb dessen sie aufeinander Bezug nehmen. Die Verknüpfungen werden immer wieder neu festgelegt und bieten so unzählige Möglichkeiten der Stereotypisierung. In Deutschland zum Beispiel gehörten lange Zeit die Stereotypen des „faulen Polen" und der „polnischen Wirtschaft" eng zusammen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist der Begriff der „polnischen Wirtschaft" aber zurückgegangen, und die angebliche Faulheit wurde nun mit dem Stereotyp der „Ineffizienz des sozialistischen Systems" verknüpft. Inzwischen hat das Stereotyp der polnischen Wirtschaft durch die sogenannten „Polenmärkte" leider wieder Auftrieb bekommen, nun aber verbunden mit den Stereotypen der „Hinterlist" und dem „Hang zur Kriminalität". Eine solche

Umgewichtung bestimmter Verbindungspunkte von Stereotypen kann zur Erstellung eines Fremdbildes beitragen, das besonders eingängig ist, weil es neu erscheint, in seinen Bestandteilen aber nicht neu ist. So würden viele Deutsche heute sagen, daß sie bis vor ein paar Jahren gar keine Vorstellung von Polen hatten, obwohl in ihrem jetzigen Bild altbekannte und tradierte Stereotypen einfach neu zusammengesetzt sind.

Bevor ich den theoretischen Teil verlasse und einige konkrete Analysen vorstelle, möchte ich noch den Rahmen meiner Forschungen abstecken. Als Untersuchungszeitraum habe ich die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gewählt, genauer gesagt die Zeit von 1849 bis zur Reichsgründung. In diesem Zeitraum der politischen Neuordnung und Neuorientierung konnte meiner Meinung nach die „Saat" der Stereotypen gestreut werden, die in Krisenzeiten - konkret im Krieg von 1870/71 - zu Feindbildern aufging. Diese können doch wohl nur deshalb so wirksam sein, weil sie auf Bekanntes zurückgreifen und es instrumentalisieren. Um Kriegspropaganda zu verstehen, muß man also zunächst die Funktion von Stereotypen in Friedenszeiten untersuchen! Konkret erforsche ich Heterostereotypen über Franzosen und Polen, da diese beiden Nachbarn das Eigenbild der Deutschen entscheidend geprägt haben. Frankreich ist in jeder Hinsicht der wichtigste westliche Nachbar der deutschen Staaten. Die deutschen Liberalen betrachten ihn mit einer Mischung aus Bewunderung für seine Progressivität und Angst vor neuen Hegemonialansprüchen. Die Polen stellen ein besonderes Problem insbesondere für Preußen dar, da sie zum Teil innerhalb des preußischen Staates leben und Teile davon für ihren eigenen Nationalstaat beanspruchen. Im Vormärz noch von den deutschen Liberalen unterstützt, haben sie nach 1848 bei diesen eine schlechte Presse. Sie werden zum Negativbeispiel eines Volkes hochstilisiert, das der Nationwerdung nicht fähig und auch nicht würdig ist.

Es sollen nun die Funktionen dieser Stereotypen im deutschen nationalen Diskurs[2] untersucht werden. Da mit jedem Heterosterotyp ein Autostereotyp einhergeht, möchte ich in einem weiteren Schritt versuchen, auf die in diesen Diskursen verbreiteten Eigenbilder der Deutschen zurückzuschließen. Damit hoffe ich, zum Kern der Frage zu gelangen und herausarbeiten zu können, wie in den Vorstellungswelten der Deutschen deren eigene Nation aussah.

*

Im folgenden soll nun das Bild nur einer Fremdgruppe - der Polen - anhand einiger Beispiele umrissen werden. Als Quelle dient mir die Zeitschrift „Die Grenzboten" aus den Jahren 1849 bis 1866. Diese Zeitschrift mit einer vergleichsweise hohen Auflage wurde zu dieser Zeit in Leipzig von Gustav Freytag und Julian Schmidt herausgegeben.[3] Drei Texte stehen beispielhaft für den nationalen Diskurs, der durch dieses Organ verbreitet wurde.

Der erste Text ist überschrieben „Polnische Dörfer" und stammt aus dem Jahre 1852 (GB II/1851, S.81-93; 136-145).

2 Auf den von mir verwandten Diskursbegriff kann ich in diesem Beitrag leider nicht näher eingehen. Ich benutze ihn vor allem in Anlehnung an die Arbeiten von Siegfried Jäger, Jürgen Link und Dietrich Busse. Siehe hierzu: Siegfried Jäger, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg 1993 sowie Dietrich Busse und Wolfgang Teubert, „Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik", in: Dietrich Busse, Fritz Hermanns, Wolfgang Teubert (Hg.), Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte, Opladen 1994.

3 „Die Grenzboten. Blätter für Deutschland und Belgien" wurden am 01.10. 1841 in Brüssel von Ignaz Kuranda gegründet. Seit 1842 erschienen sie in Leipzig mit dem Untertitel „Eine deutsche Revue". Seit 1848 wurden sie von Gustav Freytag und Julian Schmidt mit dem Untertitel „Zeitschrift für Politik und Literatur" herausgegeben. Die Zeitschrift wurde 1923 eingestellt. - Die Zeitschrift ist quartalsweise gebunden. Bei Zitaten erscheint das Sigle GB, das Quartal/das Jahr, die Seitenzahl.

Schon in der Einleitung unternimmt er eine deutliche Grenzziehung zwischen Deutschen und Polen, denn „sobald man von deutscher Erde (...) den Fuß über die deutsche Grenze setzt, sieht man augenblicklich, daß man in eine andere Welt geraten ist." (GB II/1851, S. 81) Diese „andere Welt" wird von der wilden Natur dominiert. Es gibt so etwas wie die „gute Natur", das heißt die vom Menschen genutzte und geformte Natur, wie sie in der Landwirtschaft oder in idyllischen Landschaftsbeschreibungen vorkommt. Im Gegensatz dazu steht die bedrohliche Natur, die vom Menschen nicht beherrscht werden kann: dunkle Wälder, wilde Tiere, Naturkatastrophen. Das Bild der furchterregenden Natur, die die Zivilisation bedroht, wird zu dieser Zeit in fast allen Texten, die Polen betreffen, bemüht. In diesem Beispiel zeigt der Text auf drei Ebenen, wie die Natur sich alles untertan macht: zunächst die Landschaft selbst, dann die Menschen und schließlich die Ergebnisse menschlicher Arbeit.

Die Landschaft wird als „Wildnis" präsentiert, als „weite, wüste Bodenflächen", die aussehen „wie Plätze der alten Gespensterromane, auf welche ein Fluch geschleudert worden ist." (GB II/1851, S. 81) Es ist eine mystische Natur, in der überall Gefahr lauert. Erst nach ausführlicher Beschreibung der Wälder und Felder wird die menschliche Präsenz angesprochen. Das Dorf sieht aus „wie eine Versammlung von großen, alten Strohhaufen, die unter dem Einfluß langjähriger Regentropfen und Sonnenstrahlen schwarz gefärbt sind." (GB II/1851, S. 86) Die Natur hat den menschlichen Behausungen ihren Rhythmus aufgezwungen, und das evozierte Bild ist das von Stillstand, das heißt Rückständigkeit.

Ebenso werden die Menschen beschrieben, die auch schon von der Natur vereinnahmt worden sind: „Die Männer gleichen entweder wandelnden Baumstümpfen oder aufrechtgehenden Eisbären." (GB II/1851, S. 87) Werden Menschen auf diese Art mit Tieren oder Pflanzen gleichgesetzt, so wird ihnen folgerichtig jegliche Intelligenz abgesprochen: „Des Bauern

Dummheit hält ihn wenigstens in einer gewissen Empfindungslosigkeit. Er gleicht dem Grase, das sich ruhig mit Füßen treten läßt, und alle Jahre neue Halme treibt." (GB II/1851, S. 88) Diese Charakterisierung gilt nicht nur für den Bauern, sondern auch für den Adel. So sind die Schweine des Gutsherrn in Ställen untergebracht, die sich durch „Tüchtigkeit und Eleganz des Baues" auszeichnen, während der Gutsherr selbst nur in einer „Hütte" wohnt! (GB II/1851, S. 137) Die Polen werden als niedere Wesen dargestellt. Durchdrungen von der wilden Natur stehen sie noch unter den Tieren. Unmenschliche Wesen aber, so kann die gefährliche Schlußfolgerung lauten, bedürfen keiner menschlichen Behandlung! Jegliches Handeln gegenüber den Polen - auch Gewaltanwendung - ist damit von vorneherein gerechtfertigt.

Auf dritter Ebene wird auch die menschliche Arbeit - Zeichen der Zivilisation - als der Natur unterworfen präsentiert. Macht über die Natur zu besitzen - aus der „bedrohlichen" eine „zivilisierte" zu machen - ist eines der wichtigsten Merkmale der Kultur. Den Polen wird diese abgesprochen. Die Nutzbarmachung der Umwelt muß sich sogar nach der Natur richten: „Der Pflug muß sich natürlich bequemen, den steinernen Klumpen höflich auszuweichen, und zieht daher seine Furchen in Linien, welche den Windungen eines Flusses in nichts nachstehen." (GB II/1851, S. 83) Die Ergebnisse menschlicher Arbeit sind von der wilden Natur geprägt: „Selbst die Edelleute können keine edlen Obstbäume in ihrem Garten aufweisen, und erfreuen sich an diesem heillosen Obst, das in Deutschland kein Bettelbube gern zum Munde bringt." (GB II/1851, S. 84) Ohne göttliches Heil wächst hier nur das, was die wild wuchernde Natur hervorbringt. Tatsächlich erweist sie sich sogar als Retterin dieser Polen, die der Landwirtschaft unfähig sind: „Trüge nicht die Natur so viel dazu bei, so würde es um den Feldbau des polnischen Bauernstandes sehr schlimm stehen!" (GB II/1851, S. 92)

Die Argumentation verläuft demnach spiralförmig: die Polen erweisen sich als unfähig, die ursprünglich wilde Natur zu zivilisieren, und nehmen daher eine Stellung noch unterhalb dieser natürlichen Unzivilisiertheit ein. Ihnen fehlt die notwendige Intelligenz, um eine Kultur zu entwickeln. Den Polen werden nun die Deutschen durch immer wieder im Text eingestreute Charakterisierungen gegenübergestellt. Folgendes Zitat soll als Beispiel genügen: „Wer gewöhnt ist an das liebliche Bild der deutschen Dörfer, deren rothe Dächer, weiße Schornsteine und blaue Turmkuppeln aus dem fetten dunklen Grün der Obstbäume hervorschauen wie bunte Blumen aus aus den Blättern eines Kranzes, der erschrickt vor einem polnischen Dorfe." (GB II/1851, S. 86f) Dem monoton grau-schwarzen Polen wird ein buntes, blühendes Deutschland gegenübergestellt: dort Agonie, hier Lebenslust.

Es handelt sich nicht einfach um eine Koexistenz ungleicher Nachbarn, sondern um eine eindeutige Hierarchie. Die Polen werden - über die Stereotypen der Faulheit, Trunksucht und Anarchie hinaus - als unmoralisch dargestellt: „In jeder Beziehung ist der Bauer abhängig. Als Bursche oder Mädchen wird er genöthigt, dem Herrn als Knecht oder Magd zu dienen, die letztere sogar mit ihrem Leibe." (GB II/1851, S. 88) Dahingegen haben „tüchtige deutsche Beamte" auf einigen Höfen, deren Herren „ehrenvolle Ausnahmen" bilden, Verbesserungen eingeführt. (GB II/1851, S. 144) Nötigung und Prostitution stehen also gegen Ordnung, Arbeit und Ehre. Die moralisch höherstehenden Deutschen haben demnach das Recht, ja die Pflicht, die niederstehenden Polen zu zivilisieren. Gekoppelt mit der angeblichen „Unmenschlichkeit" der Polen impliziert diese Vorstellung jedoch schon, daß über sie in jeder Hinsicht verfügt werden darf - die Moral bleibt trotzdem auf Seiten der Deutschen. Der Schwerpunkt des nationalen Integrationsprozesses liegt zu diesem Zeitpunkt schon auf der gewaltbereiten Ausgrenzung anderer, als minderwertig und sogar unmenschlich betrachteter Nationen.

Der zweite von mir analysierte Text trägt den Titel „Die polnische Bewegung und die Deutschen" und stammt aus dem Jahre 1861 (GB, IV/1861, S. 81-91). Seine gesamte Argumentation ist dahingehend aufgebaut, die Germanisierung des Großherzogtums Posen zu rechtfertigen. Insgesamt werden die Stereotypen herangezogen, die zu dieser Zeit immer wieder bemüht werden. Die Trunkenheit, die Korruption und die polnische Wirtschaft sind die Hauptmerkmale dieser Nation. Die Kirche und der Adel verkörpern die schlechten Polen, die in Luxus und falschem Glauben - dem katholischen - leben. Die Bauern hingegen bilden eine Sondergruppe, denn sie können prinzipiell auch preußische Untertanen werden. Adel und Kirche nutzen die unwissenden Bauern jedoch aus, um ihre eigenen Interessen zu vertreten. So schlüpft die Frau in die Eva-Rolle der Verführerin, die den polnisch-preußischen Soldaten - schon halb germanisiert - wieder den bösen polnischen Mächten zuspielt: „Aber das Mädchen, welches der Bauer heirathet, war in dem Bann des Dorfes zurückgeblieben, in völliger Abhängigkeit von ihrem Geistlichen, ohne Kenntnis der deutschen Sprache, leider oft mit unordentlichen Gewohnheiten der polnischen Wirtschaft." (GB IV/1861, S. 88) So kann der zurückkehrende polnisch-preußische Soldat sich diesen „bösen polnischen Mächten" natürlich ebenfalls nicht entziehen!

Die Polen werden als unterdrücktes Volk beschrieben. Nicht nur hat ein undefinierter „Völkerschwall" aus dem Osten Polen wiederholt überfallen und geplündert, sondern die Jesuiten haben außerdem „in Kürze alles vergiftet, was etwa an patriotischer Redlichkeit und politischem Menschenverstand zu Tage gekommen war." (GB IV/1861, S. 84f) Diese polnische „Race" kann also gar kein nationales Eigenleben führen, denn „in dem polnischen Wesen lag, was eine gesunde Entwicklung der Volkskraft verhinderte." (GB IV/1861, S. 84f) Es ist ein organisches Bild der Nation, welches hier gezeichnet wird - das Subjekt Nation erscheint als Körper, der kräftig oder schwach

ist, der leben oder sterben kann. Über Polen schwebt der „Leichenduft der abgestorbenen polnischen Republik." (GB IV/1861, S. 83) Der Körper Polen ist tot, und zur Wiederauferstehung fehlt ihm die sein Wesen zusammenhaltende „Volkskraft.

Den Deutschen hingegen fehlt sie nicht, und deshalb haben sie das Recht, ja die Pflicht, die Polen zu zivilisieren, das heißt zu „germanisieren". Gegen einen neuerlichen „Völkerschwall" aus dem Osten - eine Gefahr, die im übrigen völlig abwegig ist - muß der deutsche „Culturstaat" sich verteidigen, indem er seine Grenzen hinausschiebt und „Kraft und Bildung mittheilt." (GB IV/1861, S. 84) Die Germanisierung wird als ein defensives Anliegen präsentiert! Allerdings haben die Polen, so der Text, den ihnen aus der Zivilisierung erwachsenden Vorteil nicht verstanden. „Den brutalen Haß der slawischen Race gegen fremde Bildung und höhere Cultur hat die polnische Gesellschaft angefacht; an mehr als einem Ort sind deutsche Bürger insultiert, gemißhandelt, an Eigenthum geschädigt, am Leben bedroht worden." (GB IV/1861, S. 82) Auch im alltäglichen Leben befinden die Deutschen sich also in einer defensiven Haltung. Der Zirkelschluß lautet: die Germanisierung muß weitergehen. Adel und Kirche schaffen es immer wieder, die polnische Gesellschaft mit ihren aufrührerischen Ideen aufzuwiegeln. So bleibt nur noch die Möglichkeit, die Provinz mit Deutschen zu besiedeln, die „expansive Kraft des deutschen Elements" (GB IV/1861, S. 90) zu nutzen. Dies wäre „die größte Cultur, welche Preußen je durchgesetzt hätte, sie würde die Provinz zu einer der blühendsten in Deutschland machen." (GB IV/1861, S. 90)

An dieser Stelle findet sich auch ein eindeutiger Hinweis auf die Wir-Gruppe, die über Preußen definiert wird. „Deutschland" und „Preußen" werden gleichermaßen gebraucht, was bedeutet, daß der zu bildende deutsche Nationalstaat ein kleindeutscher - preußischer - sein soll. Wie weit dieses Deutschland reicht, läßt sich nur über Preußen bestimmen.

Was die Fremdgruppe angeht, so wird sie nicht eindeutig definiert. Bald wird von den Polen geredet, dann werden die Bauern davon ausgenommen und nur Adel und Klerus genannt, und schließlich werden die Slawen als alles umfassende Fremdgruppe bemüht. Diese Verwirrung bezüglich der Sie-Gruppe läßt sie nur noch bedrohlicher erscheinen, da sie nicht eingrenzbar und faßbar ist. Der Text hantiert mit so verwirrend vielen und nicht scharf voneinander getrennten Eigen- und Fremdgruppen - Adel, Kirche, Bauern, Polen, Slawen, Bürger, Preußen, Deutsche -, daß die Nation sich schließlich als wichtigste und einzig standfeste Identitätsreferenz ergibt: „Wir werden ihr Land deutsch machen. Denn jetzt haben die Polen nicht mehr eine einzige Regierung gegen sich, sondern das deutsche Volk." (GB IV/1861, S. 82) Der plakative Satz „So steht der Deutsche zum Polen" (GB IV/1861, S. 90) bietet am Ende des Textes die Möglichkeit, in der verwirrenden Vielfalt der Identitäten einen festen, emotional positiv geladenen Bezugspunkt zu finden.

Die beiden vorgestellten Texte lassen bei gleichbleibenden Stereotypen einen Wandel in der Thematik erkennen. Anfang der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren die Polen selber der Darstellungsgegenstand, wobei fast nur aus dem russischen bzw. galizischen Teil Polens berichtet wurde. Mit Beginn der sechziger Jahre jedoch wird die Beziehung zwischen den Deutschen und den Polen im Großherzogtum Posen in den Mittelpunkt gestellt. Waren die Polen aus dem russischen Teil - der auch als „Polen" bezeichnet wurde! - eine fremde Nation außerhalb der eigenen Grenzen, so werden sie nun zu Fremden im eigenen Staat. Die Fremdgruppe rückt also auch räumlich näher, und damit wächst ihre Bedrohlichkeit.

Dies zeigt sich auch in dem dritten Text, der zuletzt vorgestellt werden soll. Er stammt aus dem Jahre 1862 und ist betitelt „Ein Deutscher in Posen im Jahre 1848" (GB,I/1862, S. 161-176). Die Wir- und die Sie-Gruppen werden durch die üblichen Stereotypen geschaffen. Der Hinterlist, Feigheit, Unorganisiertheit und mangelnden Loyalität der Polen steht der Mut, die Disziplin, die Ordnung und die Ehrenhaftigkeit der Deutschen gegenüber. Verdeutlicht wird dies besonders am Bild der Frau. Während die „polnischen Mädchen" als „Dirnen" bezeichnet werden, „ganz toll auf die schmucken Husaren" und zum Tanzen aufgelegt, „daß es sauste" (GB I/1862, S. 173), werden die deutschen Frauen durch die Frau des Ich-Erzählers verkörpert, die ihn im Kampf „nach Kräften unterstützte", die Soldaten bekocht und bewirtet und für ihren Mann betet (GB I/1862, S. 175). Die moralisch unantastbare Ehefrau steht gegen die liederliche Dirne. Was die Soldaten angeht, so kämpfen die Polen leidenschaftlich, hinterlistig und unorganisiert. Die „jungen polnischen Hitzköpfe" fliehen in „wilder Flucht" und schlüpfen in einem „nicht sehr ehrenwerten Versteck" unter (GB I/1862, S. 163). Der deutsche Held hingegen „commandiert ruhig" und sein „lautschallendes Commando kam aus muthiger Brust." (GB I/1862, S. 163)

Auch in diesem Text sind die Grenzen zwischen der Wir- und der Sie-Gruppe fließend, so daß eine eindeutige Zuordnung zunächst sehr schwer vorzunehmen ist. Nur die polnischen Insurgenten können wirklich eindeutig der Fremdgruppe zugeordnet werden. Polen können unter Umständen aber auch der Wir-Gruppe angehören, und zwar in ihrer Eigenschaft als königstreue preußische Untertanen. Es werden mehrere sich überschneidende Wir-Gruppen definiert. Zunächst über die heimatliche Region, wenn der General ruft: „Kommt, Landsleute, ich bin auch ein Pommer!" (GB I/1862, S. 171) Zweitens über die politische Staatsform, das heißt die Monarchie: „Eine große Zahl der Deutschen war geflüchtet, die polnischen Leute waren fast alle von der königlichen Partei abgefallen, wir fanden nur noch wenige, die zu uns standen." (GB I/1862, S. 170) Und schließlich über den Staat Preußen, wenn der Ich-Erzähler sagt: „Mir hätte das alte preußische Soldatenherz die Brust zersprengen mögen." (GB I/1862, S. 167) Übergeordnet gesehen spricht dieser Text immer die Nation

an, aber sie ist keine ethnische, sondern wird bestimmt vom Bild des loyalen Untertans. Daß es sich durchaus um einen nationalen Diskurs handelt, wird am Ende des Textes klar. Dann nämlich lösen sich alle Wir-Gruppen in der einen Gruppe der „deutschen Nation" auf. Über einen gefallenen Soldaten heißt es zum Beispiel: „Leider war die patriotische Wärme und Entschlossenheit des herzhaften Mannes für seine Landschaft nicht mehr lange eine Stütze des deutschen Elements. (...) Hier aber soll die Erinnerung an sein mannhaftes Thun und der deutsche Muth, den er bewährt, dem lebenden Geschlechte dankbar gerühmt werden." (GB I/1862, S. 176) Die Zuschreibung „deutsch" übernimmt somit alle Autostereotypen der vorab präsentierten Wir-Gruppen. Loyalität und Respekt des Untertanen, Ehre und Disziplin des preußischen Soldaten, Treue und Liebe zur Heimat - sie alle vermengen sich in der nationalen Identität. In diesem Prozeß werden alle anderen Zuschreibungen ihrem Sinn entleert und nehmen schließlich nur noch untergeordnete Positionen ein. Auf diese Weise wird niemandem eine Identität genommen: man hört nicht auf, Pommer oder Preuße zu sein. Es handelt sich vielmehr um eine Verschiebung, bei der die nationale Identität sich über alle anderen erhebt, indem sie sie in sich auflöst.

*

Welche Schlüsse lassen sich zusammenfassend aus der Analyse der „Grenzboten" ziehen? Die Stereotypen haben sich während des Untersuchungszeitraumes nicht geändert, und sie sind so dehnbar, daß sie sich auf alle nur denkbaren Themen anwenden lassen. Polen sind Schauspieler und Trinker, die faul und ohne Disziplin in den Tag hineinleben und dabei hinterlistig jeden Vorteil zu ihren Gunsten ausnutzen. Ihre Gesellschaft ist gespalten in die korrupte, egoistische Minderheit des Adels und des Klerus und die große Masse der dummen, träge vor sich hinlebenden Bauern. Der Schein prägt dieses Volk: ihr Katholizismus ist eine Religion des Scheins, ihr gewollter Luxus ist Schein. Die Deutschen hingegen sind ein arbeitsames, diszipliniertes und ehrenhaftes Volk, die durch den echten Glauben - den Protestantismus - und tiefe Innerlichkeit ausgezeichnet sind. Diese Werte entsprechen den bürgerlichen Werten des 19. Jahrhunderts: Rechtschaffenheit, Strebsamkeit und Fortschritt sind positiv konnotiert und gelten als das höchste Maß. Letztendlich lassen sich die verschiedenen Zuschreibungen auf eine einzige Dichotomie reduzieren: stehen die Polen für das Gefühl, ja die Leidenschaft, so stehen die Deutschen für die Vernunft. Wichtig ist aber vor allem die moralische Bewertung der Eigen- und der Fremdgruppe. Den Polen wird in einem fort unsittliches Verhalten vorgeworfen, so daß die Moral immer auf Seiten der Deutschen liegt. Dies berechtigt sie zu jeder Art Verhalten gegenüber den Polen - auch zu Gewalt.

Es läßt sich deutlich herausarbeiten, wie die neugeschaffene Identität der „Nation" sich über andere, bereits vorhandene Bezugsrahmen erhebt und diese sinnentleert. In einer verwirrenden Vielfalt von Eigen- und Fremdgruppen erweist sie sich schließlich als einzige, die Sicherheit und eine Zukunftsperspektive bietet. Sie tut dies - und das ist der entscheidende Punkt - nicht inhaltlich, sondern auf emotionaler Ebene. Die Inhalte der untersuchten Texte sind dabei zweitrangig. Wichtig ist vielmehr die emotionale Argumentationsstruktur, die die Fremdgruppe(n) so bedrohlich erscheinen läßt, daß die Nation sich schließlich als einzige mögliche Verteidigung erweist - und das sogar in Friedenszeiten! Die Nation wird also aus der Defensive gebaut - und ist damit wieder moralisch überlegen!

In diesen Texten wird „Deutschland" ganz eindeutig über Preußen definiert. Dies ist aber nur eine mögliche Spielart des nationalen Diskurses, und es ist wichtig, nun auch andere zu untersuchen. Als Vergleich zu dem preußisch und protestantisch geprägten nationalen Diskurs der „Grenzboten" bieten sich insbesondere süddeutsche und katholische Zeitschriften an. Es steht zu erwarten, daß in diesen Diskursen auf ähnliche Weise Binnendifferenzen überwunden werden, um das Bild

einer homogenen Nation zu formen. Unterschiede sind zu erwarten bei der Frage, wer in diesen Fällen zur deutschen Nation gerechnet wird. In den hier analysierten Texten sind es die „hohe deutsche Kultur" und die Loyalität zum preußischen Staat, die die Zugehörigkeit bestimmen. Man ist Deutscher aufgrund der Eigenschaften Mut, Ehre, Disziplin und Treue zum Staatsoberhaupt. Diese Charakterzüge, auch das ist herauszulesen, haben die Deutschen zur Schaffung eines Kulturstaates befähigt, und ihre Aufgabe ist es, diese Kultur weiterzugeben an weniger zivilisierte Völker. Überlegenheitsgefühl und Gewaltbereitschaft sind also schon Mitte des 19. Jahrhunderts feste Bestandteile zumindest des hier untersuchten deutschen nationalen Diskurses.

Literatur

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes, Frankfurt/New York 1993

Blaicher, Günther (Hg.): Erstarrtes Denken. Studien zu Klischee, Stereotyp und Vorurteil in englischsprachiger Literatur, Tübingen 1997

Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang: Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Sematik, in: Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/ Teubert, Wolfgang (Hg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte, Opladen 1994

Deutsch, Karl W.: Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality, Cambridge/Mass. 1953

Deutsch, Karl W.: Nationenbildung - Nationalstaat - Integration, hg. von Ashkenasi, A./Schulze, P., Düsseldorf 1972

Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne, Hamburg 1991

Gerndt, Helge (Hg.): Stereotypenvorstellungen im Alltagsleben. Beiträge zum Themenkreis Fremdbilder - Selbstbilder - Identität, München 1988

Hahn, Hans-Henning (Hg.): Historische Stereotypenforschung. Methodische Überlegungen und empirische Befunde, Oldenburg 1995

Hroch, Miroslav: Nationales Bewußtsein zwischen Nationalismustheorie und der Relaität der nationalen Bewegungen, in: Schmidt-Hartmann, Eva: Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien, München 1994

Jäger, Siegfried; Kristische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg 1993

Jaworski, Rudolf: Osteuropa als Gegenstand historischer Stereotypenforschung, in: Geschichte und Gesellschaft 13/1987, S. 63-76

Jeismann, Michael: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1918, Stuttgart 1992

Langewiesche, Dieter: Nationen, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Neue Politische Literatur 40/1995, S. 190-235

Leyens, Jaques-Philippe u.a.: Stereotypes and social cognition, London/Thousand Oaks/New Delhi 1994

Link, Jürgen/Wülfing, Wulf (Hg.): Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität, Stuttgart 1991

Lippmann, Walter: Die öffentliche Meinung, München 1964 (New York 1922)

Schaff, Adam: Stereotypen und das menschliche Handeln, Wien 1980

Autorin und Autor

BERIT PLEITNER (1969)

M.A., Doktorandin am Historischen Seminar der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Studium der Geschichte und der Geographie in Nantes, Frankreich (1990-1994). 1993-1994 Arbeit am Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig zwecks Erstellung der Magisterarbeit mit dem Titel „La perception de la Pologne dans les manuels français et allemands de 1947 à 1993“ bei Prof. Dr. Jean-Clément Martin und Dr. Rainer Riemenschneider.

Arbeit an der Dissertation mit dem Titel „Integration und Ausgrenzung. Zur Funktion nationaler Stereotypen im Prozeß der deutschen Nationwerdung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“ bei Prof. Dr. Hans-Henning Hahn (Oldenburg).

Arbeitsschwerpunkte: Schulbuchforschung, Nationenforschung, Stereotypenforschung, Geschichte im Museum

PIOTR ZARICZNY (1972)

M.A., Doktorand an der Humanistischen Fakultät der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Torun (Lehrstuhl für Germanistik).

Studium der Germanistik an derselben Universität (Abschluß - Juni 1996). Stipendiat des DAAD an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und am Deutschen Polen-Institut Darmstadt. Abschluß eines zweisemestrigen Aufbaustudiums „Außenhandel“ an der Danziger Universität (Juni 1997)

Arbeit an der Dissertation zum Thema „Oppositionelle Intellektuelle in der DDR und in der Volksrepublik Polen - ihre gegenseitige Perzeption und Kontakte“ bei Prof. Dr. Jerzy Serczyk (Torun) und Prof. Dr. Hans Henning Hahn (Oldenburg).

Sonstige Arbeitsschwerpunkte: Mitarbeit und Koordination am Projekt „Kulturtransfer - Die Rolle des Deutschen, der deutschen Kultur sowie einzelner Deutscher in Ostmitteleuropa“ (Leitung Prof. Karol Sauerland und Prof. Janusz Mallek).